

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 14. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 13. November 2013
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Andreas Bammatter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff
Franz Vogt

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nils Wicki, Volontär

Gäste:

Entschuldigt: Armin Bieri, Ruedy Breitenstein, Kathrin Gürtler, Beatrice Hecklin
Nedim Ulusoy

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl einer Ersatz-Stimmenzählerin/eines Ersatz-Stimmenzählers in das **Büro des Einwohnerrates**, anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, EVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2014) Geschäft 4154
 2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, EVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4155
-

3. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente**, anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, EVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4156
4. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**, anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, EVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4157
5. Wahl eines Mitgliedes in den **Schulrat der Sekundarschule**, anstelle der zurückgetretenen Ursina Steiner-Altenbach, SP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2016) Geschäft 4158
6. Bericht des Gemeinderates vom 28.08.2013, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, vom 25.10.2013, betreffend **Bau- und Strassenlinienplan Engehollenweg**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4151 / A
7. Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2013, zum Postulat von Guido Beretta, FDP-Fraktion, vom 17.05.2006, betreffend **Totalsanierung der Chemiemüll-Deponien Le Letten und Roemisloch**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3669 / A
8. Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2013, zum Postulat von Christoph Benz, EVP, vom 02.05.2011, betreffend **Umgang mit invasiven Neophyten im ganzen Gemeindegebiet**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4003 / A
9. Interpellation von Stephan Wolf, Philippe Hofmann, Kurt Kneier, Franz Vogt, Evelyne Roth, Peter Brack, Philippe Adam und Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 24.04.2013, betreffend **Jugend Treff Allschwil (JTA): Von Heinz Kraus zu Daniel Schäfer**
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4139 / A
10. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 16.01.2013, betreffend **Armutsbericht**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4118
11. Postulat von Franz Vogt und Evelyne Roth, CVP-Fraktion, vom 23.01.2013, betreffend **Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil zum Bahnhof SBB**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4122
12. Motion von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2013, betreffend **Richtlinien des Einwohnerrates über die Plakatierung**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4153
13. Postulat von Julia Gosteli, Patrick Lautenschlager und Rita Urscheler, Grüne, vom 18.04.2012, betreffend **Neuerwerbungen von Maschinen und Geräten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4069
14. Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 20.03.2013, betreffend **Bedürfnis- und Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw. Palliative Care in der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4132

15. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 22.04.2013, betreffend
Wohnen für alle – Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4137
16. Postulat von Franz Vogt, Evelyne Roth, Kurt Kneier, Philippe Hofmann, Rolf Adam,
Philippe Adam, Stephan Wolf und Peter Brack, CVP-Fraktion, vom 22.05.2013,
betreffend **Velweg Oberwilerstrasse Langholz bis Allschwil Dorf**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4143
17. Postulat von Ruedy Breitenstein und Christoph Benz, Grüne,
vom 13.06.2013, betreffend **Ergänzung der Bänke beim Allschwiler Weiher**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4144

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES (Präsentation Projekt Famex)
-

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 14 vom 13. November 2013

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Andreas Bammatter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Andreas Bammatter, Präsident: Ich bitte Sie Platz zu nehmen, wir fangen an, es ist 18.00 Uhr. Ich begrüsse Sie herzlich zur Sitzung vom 13. November, speziell unsere Gäste im Zuschauerraum und die Vertreter der Medien. Besonders möchte ich heute Abend den neuen Gemeinderat, Franz Vogt, begrüssen. Ich lese die Erwahrung vor:

„Die Geschäftsprüfungskommission hat gestützt auf das amtliche Wahlergebnis des Wahlbüros Allschwil der Urnenwahl vom 20. Oktober 2013, deren Publikation in der Ausgabe des Allschwiler Wochenblattes vom 25. Oktober 2013, den Bescheid der Landeskantlei vom 29. Oktober 2013, dass keine Wahlbeschwerden zuhanden des Regierungsrates eingegangen sind, festgestellt, dass sämtliche Bedingungen für die Erhaltung der Nachwahl von Franz Vogt als Gemeinderat erfüllt sind. Somit ergeht folgender Beschluss: Die Nachwahl von Franz Vogt als Mitglied des Gemeinderates und der Einwohnergemeinde Allschwil für die Legislaturperiode vom 1.7.2012 – 30.6.2016 wird von der GPK Allschwil mit Beschluss vom 29. Oktober erwahrt.“ Dies ist jetzt also amtlich bestätigt. Franz, ich gratuliere dir im Namen des Einwohnerrates zu deiner Wahl. Ich wünsche dir alles Gute, viel Freude und Energie in deinem neuen Amt als Finanzminister von Allschwil.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Der Gemeinderat hatte aufgrund dieser Erwahrung am 6. November die erste gemeinsame Sitzung mit Franz Vogt, nämlich die konstituierende Sitzung. Da hat sich ergeben, dass jeder Gemeinderat sein bisheriges Departement behalten hat. Darum sind wir auch alle vollzählig hier. Wir haben natürlich auch noch das Vizepräsidium gewählt und haben Christoph gewählt. Ich möchte ihm dazu auch sehr herzlich gratulieren zu diesem neuen Amt. Darum haben wir eine neue Sitzordnung des Gemeinderates.

Andreas Bammatter, Präsident: Mit der Wahl von Franz Vogt ist ein Platz in der CVP-Fraktion frei geworden. Ich darf heute Abend Beatrice Stierli begrüßen und ich bedanke mich für ihre Bereitschaft, in unserem Rat mitzudenken und mit zu entscheiden. Ich wünsche ihr viel Freude bei uns und gutes Gelingen.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Gibt es Anträge zur Traktandenliste?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ein Hinweis, bei Traktandum 12 steht auf der Traktandenliste, der Antrag des Gemeinderates sei Entgegennahme. Das ist so nicht korrekt, der Antrag des Gemeinderates wird sein: Entgegennahme als Postulat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir beantragen, dass die Traktanden 7 und 8 heute von der Traktandenliste gestrichen werden. Und zwar einfach deshalb, weil wir keinen Bericht der Umweltkommission haben. Wir finden, dass diese Geschäfte zur Umweltkommission des Einwohnerrates gehen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich möchte kurz nachdoppeln zum Traktandum 7 betreffend Chemiemüll. Ich habe zuhause als Mitglied der Naturschutzkommission ein Dossier, einen A4-Ordner, gefüllt mit weissem bedrucktem Papier. Ich weiss, dass beim Roemisloch und bei Le Letten Mathilde und Susanne von der CVP vor der Türe standen und wissen wollten, was dort läuft. Wir wissen, dass Gemeindevertretungen in Basel, Liestal, Mülhausen und im Elsass mehrfach vor Ort waren. Das heisst, sie mussten um das Problem Le Letten kämpfen. Es wurde Geld aufgeworfen, es gab Engagement, Mathilde wurde hier drin belächelt von gewissen Politikern, welche ein bisschen mehr auf der Seite rechts sind. Es ist nicht mehr als recht, dass hier ein so altes Thema, welches uns hier mehrmals beschäftigt hat, von der Umweltkommission genau angeschaut und dazu berichtet wird.

Zu den Neophyten. Beide Berichte sind als solches sehr gut. Aber auch bei den invasiven Neophyten steht viel zu wenig im Bericht, was wir in Allschwil da machen, das ist auch ein Kostenfaktor für die Gemeinde, auch bisher. In Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde, mit dem Förster, werden Naturschutztage organisiert. Es ist nicht so, dass wir nichts machen. Schulklassen, Pioniere, sind daran, jedes Jahr zwei, drei Sätze zu machen. Das ist nicht kostenlos. Die Gemeinde macht etwas, und im Bericht steht nichts.

Andreas Bammatter, Präsident: Herr Winter, Sie kommentieren jetzt den Bericht. Sie müssen nur sagen, weshalb Sie ihn zurückweisen wollen in die Kommission und nicht den Bericht kommentieren.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ganz einfach, es fehlen viele Informationen für die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, welche nicht wissen, was alles passiert ist in den letzten Jahren. Eine Wertschätzung der Engagements von Mitglieder hier, Umweltkommission, Naturschutzkommission, Vogelschutzverein, Schulklassen etc. Dies sollte im Bericht einfließen. Wir haben ein Recht, dies zu wissen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich gehe in eine etwas andere Richtung, und zwar möchte ich zurückkommen auf die letzte Sitzung. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass die GPK keinen Auftrag hat, und Sie haben dort klar und deutlich gesagt, dass ein Auftrag da ist. Ich möchte Sie bitten, dies zukünftig zu respektieren, wenn ich sage, dass es nicht so ist. Es ist nämlich so, und Sie musste von sich aus etwas in die Hand nehmen. Ich habe Sie auch das vorletzte Mal auf etwas aufmerksam gemacht. Ich wäre froh, wenn wir die Sachgeschäfte genauer und rechtskonformer durchziehen würden. Das ist ein Anliegen, welches man umsetzen sollte. Ihr habt auch Juristen, um dies zu prüfen, ich wäre froh, wenn wir dies machen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe meinen Antrag gar nicht gesagt. Ich möchte, dass das Büro in seiner Kompetenz die beiden Traktanden zur Begutachtung und Kommentieren sowie zur Wertschätzung, was gemacht wurde für Le Letten und für die Pflanzen, welche Markus Lack so gerne wieder hätte, in die Kommission zurückweist.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich kann kurz Stellung dazu nehmen vom Büro. Es macht meistens keinen Sinn, dass man einen Bericht zu einem Bericht macht, wenn es nicht ganz wichtige Anträge drin hat. Der Antrag heisst: Kenntnisnahme und Abschreibung. Wenn Anträge da sind, wie es zum Beispiel bei einem Baugeschäft der Fall ist, dann erachten wir es als sinnvoll und notwendig, dass eine Spezialkommission dies anschaut. Hier geht es um einen Bericht zur Kenntnisnahme. Sollte der Rat das Geschäft nicht abschreiben, dann kann man sich immer noch fragen, ob wir es an die Kommission geben möchten, damit sie es nochmals anschauen. Aber einen Bericht über einen Bericht zu machen, den man zur Kenntnis nehmen soll, ist eine Frage der Verhältnismässigkeit, über welche wir hier entscheiden müssen. Ich bitte Sie, dies zu überlegen. Wir kommen jetzt zum Antrag der Traktandenlistenänderung, die Traktanden 7 und 8 an die Spezialkommission Umwelt zu überweisen und erst danach im Rat zu behandeln.

Es tut mir leid, wir haben eine kleine Konfusion, wir haben nur 22 Stimmen, das kann nicht stimmen. Wir stimmen nochmals darüber ab.

://:

Mit 14 Ja- und 14 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen haben Sie mir den Stichentscheid gegeben. Da das Büro der Meinung ist, es nicht zu überweisen, überweisen wir es nicht. Wir behandeln also die Traktanden 7 und 8.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl einer Ersatz-Stimmenzählerin/eines Ersatz-Stimmenzählers in das Büro des Einwohnerrates, anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, EVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2014), Geschäft 4154

Andreas Bammatter, Präsident. Ich bitte um Wahlvorschläge.

Ueli Keller; EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion empfiehlt Ihnen als Nachfolger von Christoph Benz als Ersatz-Stimmenzähler des Büros des Einwohnerrates, als Ersatz-Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, als Ersatz -Mitglied der Kommission für Gemeindeordnung und -reglement und als Mitglied der Kommission für Verkehr und Planungen Christoph Ruckstuhl. Sie können darüber einzeln abstimmen oder zusammen.

Andreas Bammatter: Wir stimmen einzeln darüber ab. Gibt es Gegenanträge? Nein, das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Christoph Ruckstuhl als Ersatz-Stimmenzähler des Büros des Einwohnerrates gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, EVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4155

Andreas Bammatter, Präsident:

://:

Christoph Ruckstuhl ist als Ersatz-Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, EVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4156

Andreas Bammatter, Präsident:

://:

Christoph Ruckstuhl ist als Ersatz-Mitglied in die Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, anstelle des zurückgetretenen Christoph Benz, EVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4157

Andreas Bammatter, Präsident:

://:

Christoph Ruckstuhl ist als Mitglied in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen gewählt.

Ich gratuliere Ihnen Herr Ruckstuhl zu Ihren Ämtern.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat der Sekundarschule,

anstelle der zurückgetretenen Ursina Steiner-Altenbach, SP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2016), Geschäft 4158

Andreas Bammatter, Präsident: Ich bitte um Wahlvorschläge.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe alle Fraktionen informiert, wer es ist. Ich hoffe, es ging bei euch auch durch. Wir schlagen Caroline Wienke Maier vor, sie hat 2 Kinder, eines in der Primarschule und eines in der Sekundarschule. Sie wohnt an der Feldstrasse, ist Architektin, und sie hat das Problem, dass ein Kind bei mir in die Klasse kommt, aber ich glaube, sie macht es gut.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es Gegenanträge? Nein.

://:

Caroline Wienke Maier ist gewählt als Mitglied in den Schulrat der Sekundarschule.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 28.08.2013, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, vom 25.10.2013, betreffend Bau- und Strassenlinienplan Engehollenweg
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4151 / A

Andreas Bammatter, Präsident: Möchte die VPK-Vizepräsidentin zuerst etwas sagen? Kathrin Gürtler ist aber abwesend. Möchte sonst jemand aus der Verkehrs- und Planungskommission etwas sagen? Das ist nicht der Fall. Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, dann kommen wir zur Detailberatung.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe die Situation am Engehollenweg am Samstag angeschaut. Ich finde es nicht dringlich, dass wir dort einen Kehrplatz machen. Ich bin es gewohnt, dass man bei Sackgassen beim Hausplatz kehrt. Wenn es aber ein Lastwagen ist, der etwas bringen oder holen muss, dann fahren die jeweils rückwärts hinein oder rückwärts hinaus. Ich habe unser Ex-Mitglied der Verkehrs- und Planungskommission, Christoph Benz, gefragt. Er ist identisch mit meiner Meinung, dass man hier auf den Kehrplatz verzichten und damit auch Geld sparen kann. Ich habe das neue Mitglied der VPK gefragt, er meint, dass man daran wahrscheinlich nicht rütteln kann, der Kanton würde nicht nachgeben. Ich habe dazu eine grundsätzliche Meinung, auch bezüglich der Parkplätze, von welchen wir zuviel machen müssen, nämlich dass man sich da nicht vom Kanton diktieren lassen sollte. Ich habe drei Fragen an den Gemeinderat. Die erste Frage geht an den neuen Finanzchef: Können wir uns locker diese rund CHF 200'000 leisten, welche wir für diesen Kehrplatz bezahlen müssen? Das ist meine Überschlagsrechnung für die 220 Quadratmeter. Die zweite Frage geht an den anderen Gemeinderat Vogt. Wie dringlich ist der Engehollenweg. Mir ist es klar, dass es eine Teerplatzstrasse ist, aber ich möchte eine Aussage haben zur Dringlichkeit haben. Die dritte Frage möchte ich als Laie stellen: Falls wir dies überhaupt machen, ist auch die Kanalisation, das Wasser und die Energie inbegriffen, wenn man das erneuert? Danke für die Antworten.

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke für diese Fragen. Ich bin froh, dass Sie sich selber vor Ort davon überzeugt haben, wie die Situation aussieht. Ich bin überzeugt, dass Ihnen nicht entgangen ist, dass der Engehollenweg in einem sehr desolaten Zustand ist. Ich kann Ihnen noch die technische Information geben. Der Unterbau des Weges ist absolut nicht tragfähig. Deswegen entstehen nun grössere Schäden an der Belagsoberfläche. Das wird sich in den kommenden Jahren schneller fortpflanzen durch die Verwitterung. Ich komme auf Ihre Fragen zurück, und erlaube mir auf die erste Frage eine kurze Antwort zu geben, zur Finanzlage und den circa CHF 200'000 für den Wendeplatz, den Sie erwähnt haben. Wir sollten uns in Allschwil daran halten, überall die gleichen Massstäbe anzusetzen. Bei einer Erschliessungsstrasse, welche als Sackgasse ausgebildet ist und diese Länge hat, zudem mit einer

Rechts- und Linkskurve dazwischen, gehen wir davon aus, dass es in jedem Fall einen Wendepplatz braucht. Sie können hier nicht erwarten, dass ein Lastwagen rückwärts die Strasse rauffährt, und dies im steilen Gelände. Den Kehrplatz braucht es und den Finanzbedarf entsprechend dazu.

Die zweite Frage zur dringlichen Sanierung. Ja, in einem Benchmark auf alle Strassen von Allschwil im Siedlungsgebiet ist der Engehollenweg in der schlechtesten Klasse zugeordnet. Das heisst, er hat den grössten Sanierungsbedarf. Wenn ich irgendwo anfrage, dann sicher beim Engehollenweg. Die dritte Frage zu den Werkleitungen. Wenn diese Strasse erneuert wird nach diesem Plan, dann wäre der nächste Schritt ein Projekt auszuarbeiten, dann würden wir selbstverständlich auch die maroden Leitungen darunter erneuern, sofern es notwendig ist.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte eine Nachfrage stellen. Auf die Frage, ob wir uns das locker leisten können, habe ich keine Antwort erhalten.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sie haben das Papier sicher gelesen. Dort steht auch, dass ich bei diesem Mitwirkungsverfahren mitgewirkt habe. Das war im 2010, ich habe mich explizit gegen diesen Kehrplatz ausgesprochen. Ich war auch in der VPK als Ersatz-Mitglied an dieser Beratung dabei. Ich habe auch bereits vorher mit Andres Linder über dieses Thema gesprochen. Meine Argumentation dazu kann man nachlesen. Das Problem, wenn man den Kehrplatz nicht macht und den Strassennetzplan anpasst, damit man oben weg kann, so wie es heute gemacht wird, ist, dass die Strassenbreite dort nicht ausreicht. Sie ist 3 Meter breit, das ist ein sogenannter Erschliessungsweg. Wenn man dies so machen würde, dass man dort oben weg könnte, dann müsste diese Strasse auf vier Meter ausgebaut werden. Zum Zustand der Strasse ist zu sagen, dass der Engehollenweg bis vor 25 bis 30 Jahren ein reiner Feldweg war. Dort stand ein Haus, es wurde irgendwann eingezont. Es war einer der ersten Wege, der damals geteert wurde, einfach aus dem Grund, weil er eine Steilheit hat, und das Wasser alles ausschwemmen würde. Es ist ein Weg, der über den Feldweg geteert wurde, da gibt es kaum einen Untergrund. Ich weiss nicht, woher Sie die Zahl von CHF 200'000 herhaben, ich weiss nichts Genaueres. Das dünkt mich jetzt sehr hoch. Wenn wir die Wege oben auf vier Metern ausbauen, dann können wir Andreas Linder fragen, was es pro Meter kostet. Das sind sicher 300 Meter, eher mehr. Sie können selber ausrechnen, was dies kostet, wenn man diesen Weg dort oben auf vier Meter verbreitern müsste. Dann machen wir ihn komplett neu, weil der Untergrund nicht gemacht ist für eine Quartierstrasse. Natürlich würde ich auch gerne CHF 200'000 einsparen für etwas, was es auf den ersten Blick nicht unbedingt braucht. Aber es gibt Reglemente, an die müssen wir uns leider halten. Ich habe in der Kommission unter diesem Punkt zugestimmt, Vergleich Kehrplatz gegen Ausbau auf vier Meter oben. Das kam nicht ins Protokoll, aber damit kann ich leben. Dies muss man gegenüberstellen, wenn man korrekt sein möchte.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Auch wir in unserer Fraktion setzen ein grosses Fragezeichen zur Notwendigkeit des Wendepplatzes. Wir möchten gerne vom Gemeinderat wissen, ob er überhaupt eine Bedarfsabklärung vor Ort bei den Anwohnern gemacht hat. Auch ich habe mich dort kundig gemacht und festgestellt, dass die meisten Leute irgendwo dazwischen kehren. Es kann nicht sein, dass man da viel Geld in die Hand nimmt für ein paar wenige Leute, welche hier möglicherweise kehren müssen. Gibt es eine Bedürfnisabklärung?

Robert Vogt, Gemeinderat: Eine statistische Bedürfnisabklärung gibt es nicht. Selbstverständlich sind mir mehrere Einwohner bekannt in dieser Strasse. Ich kann mindestens die persönliche Erfahrung preisgeben, dass es dort unbeliebt ist, wenn die fremden Fahrzeuge auf den privaten Strässchen kehren. Von den Anwohnern wird erwartet, dass die Fremden, die dort reingehen, oben rausfahren in Richtung Hohle Gasse. Das ist gemäss Strassennetzplan nicht zulässig. Das ist ein Feldweg, der nicht befahren werden darf und auch nicht ausgebaut ist dafür. Deswegen bitte ich Sie, am Wendepplatz festzuhalten und mit dem Bau und Strassenlinienplan sichern wir uns den Platz dafür.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Wir möchten dem Antrag des Gemeinderates folgen. Ich persönlich sehe die Notwendigkeit für den Wendepplatz sehr wohl. Diejenigen, die dort wohnen, haben kein Problem, sie können auf ihrem eigenen Parkplatz kehren. Es kann jederzeit ein grösseres Fahrzeug kommen, welches eine neue Waschmaschine liefert. Diese Fahrzeuge müssen irgendwo kehren können. Ich verstehe es, wenn die Leute etwas dagegen haben, wenn ein 3,5 Tonnen schweres Fahrzeug in ihren Vorgarten fährt, um zu kehren. Rückwärts herausfahren geht glaub definitiv nicht dort oben.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Wir in der FDP-Fraktion haben das Geschäft intensiv und kontrovers diskutiert. Wir kamen nicht zu einer einheitlichen Meinung. Wir hatten auch schwere Bedenken zu den Kosten. Wir fragen uns, ob der Wendepunkt wirklich notwendig ist. Wir haben darüber diskutiert, ob es günstigere Optionen gibt, wie beispielsweise zwei Ausstellbuchten und ob wir diese Sanierung jetzt brauchen, oder ob es generell günstigere Alternativen gibt. Wir bitten den Gemeinderat, dies nochmals zu prüfen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns mit diesem Wendepunkt auch sehr schwer getan, Wir haben uns auch gefragt, ob er wirklich notwendig ist. Ich selber stelle es in Frage, ob dieser einem Lastwagen ein Kehrmanöver erleichtert. Im Bericht steht, dass eine Norm den Wendehammer zwingend vorschreibt. Wenn jemand etwas zwingend vorschreibt, dann müsste dies ein Gesetz sein und keine Norm, von der man nicht genau weiss, woher sie kommt.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Mein Vorredner hat es bereits angetönt. Es ist eine Norm, die erlassen wurde. Was hat die überhaupt für einen Stellenwert? Und ich möchte wissen, wer darauf gekommen ist. War das jemand auf der Gemeinde Allschwil, der fand, dass er mal ein paar Normen überprüfen wollte? Oder kam der Kanton auf die Gemeinde Allschwil zu und hat gesagt, dass wir da etwas machen müssen? Was passiert, wenn wir sagen, dass wir bis jetzt gut damit gelebt haben und dass wir nichts machen. Es kostet Geld, wie viel auch immer, und es ist nice-to-have. Bis jetzt ging es und es funktioniert weiterhin. Wir reden vom Engehollenweg, dort wohnen sehr wenige Leute. Die Chance, dass dort ein Lastwagen rauffährt, ist relativ bescheiden. Wenn jemand eine Waschmaschine liefert, dann ging das bis jetzt auch. Das ist keine grosse Sache, ich erachte es als Sturm im Wasserglas, welcher grössere finanzielle Konsequenzen haben könnte, mit der negativen Eigenschaft, dass Privatpersonen von Land enteignet werden müssten. Das macht sich sicher nicht gut, wenn wir das machen müssen. Ich gebe das zu Bedenken und möchte eine Antwort auf meine Frage haben, welche ich anfangs gestellt habe.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte auf die Frage zurückkommen. Die Bemessungsnormen, die hier gelten, sind von den Strassenfachleuten. Diese werden in der Schweiz universell eingesetzt. Es ist keine gesetzliche Vorgabe, das heisst, dass wir es beeinflussen können. Aber selbstverständlich versuchen wir einen gewissen Standard aufrechtzuerhalten, der von der Verwaltung erwartet wird. Wir möchten nicht nach Gutdünken bauen, sondern nach anerkannten Normen. Deswegen verpflichte ich mich dazu, diese Normen anzuwenden, und nur allenfalls in Grenzfällen, wenn dieses Strässchen wirklich kerzengrad oder viel kürzer wäre, darüber reden. Aber in diesem Fall, mit dem steilen Gelände und den S-Kurven, dem dünnen Stück am Bach, ist es für mich sonnenklar, dass es einen Wendehammer braucht. Unterdessen habe ich ein Bild auflegen lassen, welches den Engehollenweg im Strassennetzplan aus dem Jahr 2002 zeigt. Dieser Strassennetzplan zeigt, dass wir den Verkehr nicht einfach ins Landwirtschaftsgebiet verlagern dürfen. Auch wenn nur 75 Personen am Engehollenweg wohnen, ist es nicht erstrebenswert, dass diese Leute oder die Besucher über die Hohle Gasse über das Landwirtschaftsgebiet rausfahren. Ich möchte Sie dringend bitten, dass wir den Wendehammer im Bau- und Strassenlinienplan behalten, damit wir mindestens den Raumbedarf sichern können. Wie Sie wissen, werden Sie später zu einem Bauprojekt Stellung nehmen. Dies wäre ein besserer Zeitpunkt, den ich gerne mit Ihnen verhandeln würde. Jetzt bin ich hart, ich möchte diesen Wendehammer.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich möchte noch zwei Sachen anfügen. Auch im Gemeinderat war der Wendehammer Anlass zu Diskussionen. Wir sind auch nicht 100% glücklich darüber. Wir haben aber gesehen, dass es nicht anders geht. Es geht nicht anders, weil wir für den Bau- und Strassenlinienplan, wenn Sie ihn gutheissen, beim Regierungsrat die Genehmigung einholen müssen. Wir wissen ganz genau, dass der Regierungsrat diesen Plan nur genehmigt, wenn dieser Wendehammer drin ist, also diese Norm eingehalten wird. Das ist eine Tatsache, deshalb liegt dieses Projekt nun so vor.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich war in der VPK, wir haben dies durchdiskutiert. Zum Wendehammer kam praktisch Null Reaktion. Jetzt habe ich gewisse Zitate gehört, wie „Herr Benz hat gesagt, dass er auch nicht dafür sei“. Er hat nicht einmal ein Votum gesetzt, dass er nicht dafür ist. Das einzige, was zu diskutieren gab, war das Trottoir, und da haben wir ja auch noch etwas darüber vorliegen. Ansonsten war die ganze Sache praktisch einstimmig. Und jetzt schlägt man so eine Welle, das erstaunt mich etwas. Werden die Leute zu wenig informiert in den Fraktionen? Es wäre schön, wenn die Kommissionsmitglieder das, was wir beschliessen, so vertreten nachher und die Leute aufklären.

Jetzt fangen wir wieder bei Null an und diskutieren alles nochmals durch, anstelle davon, dass die Mitglieder ihre Fraktionen aufgeklärt hätten. Es wäre schön, wenn wir dies zukünftig so handhaben könnten, dann wären wir nämlich schneller mit den Traktanden.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Meine Frage wurde nicht beantwortet. Ich habe gefragt, wer es initiiert hat. Was passiert, wenn wir es nicht machen, und was sind die Konsequenzen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich beantworte dies gerne. Beim Engehollenweg handelt es sich vollumfänglich um eine Gemeindestrasse, das heisst, dass sie der Gemeinde Allschwil gehört. Wir haben hier die volle Entscheidungskompetenz. Sie können über diesen Bau- und Strassenlinienplan befinden, das ist zu 100% Ihre Kompetenz. Der Regierungsrat ist nur das Genehmigungsorgan. Unser Regierungsrat prüft auf Konformität. Das kann ich niemandem hier drin abnehmen. Darum empfehlen wir einen seriösen Bau- und Strassenlinienplan, so wie er vorliegt.

Roland Naef, parteilos: Die Frage wurde nicht ganz beantwortet. Aus welchem Grund muss man dies überhaupt machen, so habe ich das verstanden. Ich denke, dass irgendein Anwohner, der dort wohnt, eine neue Strasse wollte. Oder wieso ist es überhaupt nötig, dass man Geld ausgibt für eine neue Strasse?

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich hole gerne nochmals aus, weil ich dies ganz am Anfang in der Eröffnung hätten sagen sollen. Der Grund für einen Bau- und Strassenlinienplan kommt von uns von der Gemeinde Allschwil. Wir sind dazu verpflichtet, dass wir den Raum freihalten, den wir für die Öffentlichkeit benötigen. Deswegen tun wir überall dort, wo ein Bauvorhaben ansteht, einen Bau- und Strassenlinienplan vorlegen, damit wir das Trasse sichern können. Wie Sie wissen, wird mit dieser Baulinie festgelegt, dass niemand Privates innerhalb der Baulinie etwas bauen darf. Wenn Sie diesem Bau- und Strassenlinienplan nicht zustimmen würden, wie er hier vorliegt, dann könnte jemand nächstes Jahr zum Beispiel bei einem Baugesuch bis an die Strasse oder an die Minimalabstände bauen. Wir könnten es später nie mehr so machen, wie es hier aufgezeigt ist. Das heisst, wir brauchen einen Bau- und Strassenlinienplan, um unser Trasse zu sichern. Sie sehen hier zwei Elemente, die hervorzuheben sind. Sie finden das auf dem Situationsplan zwischen Schönenbuchstrasse und Hohle Gasse. Dort stellen Sie fest, dass rechts auf dem Bild, also im oberen Teil, die Strasse verbreitert werden soll bis zum Wendehammer, damit dort der Verkehr zirkulieren kann. Der Wendehammer selber hat einen verkleinerten Abstand einer Baulinie von nur drei Metern im Gegensatz zu den vier Metern, die wir normalerweise haben, damit wir möglichst wenig private Einschränkungen dort generieren. Wir haben bereits einen Kompromiss. Eine kleine Ecke oben rechts des Wendehammers liegt bereits in der sogenannten weissen Zone, also nicht mehr in der Bauzone. Das ist bereits ein Kompromiss, den der Gemeinderat gemacht hat, damit man möglichst wenig private Eigentümer mit diesem Bau- und Strassenlinienplan einschränkt. Alles in allem geht es darum, das Trasse zu sichern, diese Strasse in einem Zustand auszubauen, damit dort die öffentlichen Wege und die privaten Zubringer kursieren und vernünftig wenden und rausfahren können.

Andreas Bammatter, Präsident: Herr Gadola, möchten Sie noch etwas zum Papier sagen, welches Sie vorgelegt haben?

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich weiss nicht, ob wir jetzt nicht zuerst über die Anträge abstimmen sollten, und dann komme ich mit dem Antrag von mir. Oder solle ich den Antrag jetzt bereits stellen?

Andreas Bammatter, Präsident: Es ist eine Ergänzung. Wir müssen am Schluss über das Papier des Gemeinderates abstimmen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Hier möchte der Gemeinderat eine Strasse bauen ohne Trottoir. Da ist die Fussgängersicherheit nicht gewährleistet. Ich beantrage darum, dass man dort eine Begegnungszone einrichtet, dann hätte der Fussgänger wenigstens Vortritt. Es geht um die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Andreas Bammatter, Präsident: Darf ich darum bitten, dass jemand den Antrag von vorhin formuliert. Wir haben darüber gesprochen, aber ich brauche einen konkreten Antrag, damit ich es einzeln abstimmen lassen kann. Es wurden nur Fragen gestellt, keine Anträge.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich muss kurz dreinreden. Ich habe an den Gesichtern bemerkt, als Bruno Gadola gesprochen hat, dass es kein Lächeln oder Runzeln war, sondern ein Erstaunen oder ein Nichtbegreifen. Wenn wir diese Strasse verändern möchten, es ist auch ein Wanderweg, die Leute laufen dort durch, dann fehlt eine Trottoir, also eine Sicherheit für die Passanten. Ich kann nicht nur die Fahrbahn verändern, sondern dann muss ich auch noch etwas für die Fussgänger machen, das kann ein Zeichen oder ein Streifen sein oder eine leichte Erhebung. Es braucht nicht viel, und darum geht es.

Roland Naef, parteilos: Wir reden jetzt schon wieder relativ lange über ein Traktandum, welches für mich eigentlich gar kein Traktandum wäre. Es geht nämlich einfach um Linien, wenn man es richtig verstanden hat. Es geht darum, ob diese Linien festgelegt werden und in absehbarer Zeit wird der Gemeinderat mit einem Projekt für eine neue Strasse kommen. Wenn der Gemeinderat dann mit dem Projekt für die neue Strasse kommt, dann können wir ja oder nein dazu sagen. Dann würde ich auch den Antrag von Bruno Gadola begrüßen, denn dann geht es darum, was für eine Strasse wir machen. Machen wir eine Spielstrasse, einen Kehrplatz, keinen Kehrplatz, teeren wir sie oder machen wir sie mit Schotter. Heute geht es um die Linien. Robi Vogt hat es vorhin gesagt, leider erst viel später, es geht nur darum, die Linien zu sichern. Wenn jemand ein Haus dort hinstellen möchte, dann muss er vier Meter von der Strassenlinie zurückgehen, und diese Strassenlinie ist vorläufig theoretisch.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich frage nochmals, möchte jemand abschnittsweise Beratung des Planungsberichts, des Mitwirkungsberichts, vom Bau- und Strassenlinienplan Engehollenweg? Wenn das nicht der Fall ist, dann sind die Beratungen abgeschlossen und wir kommen zu den Anträgen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Bau- und Strassenlinienplan Engehollenweg wird erlassen.

://:

Dieser Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

Zum Antrag von Bruno Gadola. Wenn Sie einverstanden sind, dann werden wir darüber bei der Konkretisierung des Bauantrages abstimmen. Sind Sie damit einverstanden? Danke.

Roland Naef, parteilos: Könnte man den Antrag auch erweitern und sagen, sämtliche Quartierstrassen in Allschwil, welche kein Trottoir haben, sind zu Spielstrassen umzuwandeln?

Andreas Bammatter, Präsident: Wir behandeln dies dann beim konkreten Projekt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2013, zum Postulat von Guido Beretta, FDP-Fraktion, vom 17.05.2006, betreffend Totalsanierung der Chemiemüll-Deponien Le Letten und Roemisloch
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3669 / A

Andreas Bammatter, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Wir kommen zur Beratung.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte die Zeit nutzen und Ihnen am Anfang eine kleine Einführung geben, damit es nicht zu Unsicherheiten kommt. Das wichtigste bei diesen Sanierungen der beiden Chemiemüll-Deponien ist der Beitrag, den die Gemeinde Allschwil geleistet hat, und da meine ich nicht nur die offiziellen Stellen. Vielen Dank für die Erwähnungen von Jean-Jacques Winter. Neben den Gemeindebehörden sind es viele private Organisationen und Vereine, welche dabei waren. Die Bürgergemeinde hat beim nächsten Traktandum auch eine grosse Bedeutung, die darf hier nicht vernachlässigt werden. Dank dem stetigen Druck, den wir in den letzten 10 Jahren ausgeübt haben, hat die Chemieorganisation IG DRB eines Tages beschlossen, dass sie freiwillig die beiden Deponien totalsaniert. Das ist aus Sicht des Gemeinderates die richtige Lösung. Dieser Erfolg geht auf eine sehr breite Unterstützung zurück. Ich möchte auch Ihnen als Einwohnerräte den Dank weitergeben. Nur so war es möglich, dass wir der Natur ein attraktives Gelände zurückgeben konnten. Ich meine, es wurde jetzt sehr aufgewertet und es ist vielleicht noch schöner als vor 50 Jahren, als dies dort eingelagert wurde. Ich bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich möchte keine Kritik an der Leistung aussprechen, die ist sensationell. Man hat sehr viel herausgeholt, was möglich war zu machen. Der Präsident hat etwas zu Berichten gesagt, welche nicht vom Gemeinderat an Kommissionen gehen müssten. Der Bericht zum Finanzplan, der Bericht zu den Budgetanträgen, der Bericht zum Geschäftsbericht und zu allen Verkehrs- oder Baufragen gehen an die Kommissionen. Wir haben eine Umweltkommission, die dies machen müsste. Die Gemeinde hat viel erreicht, die Gemeinde sind wird. Ich habe am Anfang gesagt, dass es Frauen gab, die dort oben demonstriert haben, das war sogar in der Zeitung. Die CVP, Mathilde und Susanne zum Beispiel, sind dort oben vor dem Gitter gestanden, ich hoffe, ihr wisst es noch. Wir sind dann in ein Debakel gezogen, als hier drin eine andere Gruppe fand, dass es gar nicht so wichtig sei. Die Gemeinde und Gemeindevertreter haben sehr viel Engagement - Engagement ist Zeit und Geld - für Sitzungen in Basel, Mülhausen und in Liestal investiert. Merci. Im Bericht steht gar nichts über dieses Engagement. Es steht gar nichts über das Geld. Ohne zeitlichen und finanziellen Aufwand, bewegt sich nichts. Kompliment an euch, Robi, aber ich hätte gerne im Bericht etwas darüber gelesen. Auch die Leute, die immer sagen, dass es nicht schlimm sei, im Wasser hat man kaum etwas bemerkt. Hätten Robi und damals Toni nicht gestampft, dann wäre wenig gegangen. Das fehlt mir im Bericht. Darum habe ich am Anfang gesagt, dass es gut wäre. Ich habe zuhause einen blauen Bundesordner voll zu diesem Thema. Wir hatten nie eine Sitzung, um über das zu diskutieren, ich habe nur Infos erhalten. Ich konnte nie ein Echo abgeben und alle anderen hier drin auch. Ich hätte es gut gefunden, wenn ich einmal hätte sagen können, was ich und meine Leute denken. Solche Berichte darf man schreiben, aber es wäre toll, wenn der Einwohnerrat und die personellen politischen Kommissionen einbezogen wären. Ich kann nicht sagen, dass ich es nicht gelesen habe, ich muss ja sagen. Ich habe nicht nur die Zeilen, sondern auch dazwischen gelesen. Ich erlaube mir bei Gelegenheit bei einer anderen Vorlage, früher den Finger drauf zu legen und zu sagen, dass es uns auch noch gibt. Danke an den Gemeinderat, an Robi und an die Verwaltung. Danke, und schade, konnten wir nicht früher mitwirken.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Nur kurz zu vorhin. Ich meinte, dass Christoph Benz nicht mehr in der VPK war und Christoph Ruckstuhl noch nicht. Ansonsten halte ich mich sehr gerne an die Spielregeln. Den Bericht finde ich fantastisch, habe aber zwei Fragen. Die Chemiemüll-Deponien sind landschaftlich wie Krebsgeschwüre. Meine erste Frage ist: Gibt es noch weitere Ableger in Allschwil oder in der näheren Umgebung und wurde das geprüft? Zweite Frage. Es gibt eine andere umstrittene Deponie, das ist Feldreben in Muttenz. Da sind wir wasserfest betroffen. Wie stellt sich dort der Gemeinderat dazu? Hat er dazu offiziell Stellung bezogen?

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank für diese Fragen. Die Altlasten, welche jetzt saniert wurden, sind auf französischem Hoheitsgebiet. Dort sind uns weitere bekannt, welche im Gespräch der IG DRB bereits genannt wurden. Offenbar sind diese nicht im gleichen Ausmass. Sicher ist, dass es selbstverständlich auch Altlasten auf schweizerischem und auf Allschwiler Gebiet gibt. Dort gibt es heute sehr gute Grundlagen. Wir haben einen Altlastenkataster, der öffentlich zugänglich ist. Sie können über das Internet der kantonalen Webseite zum Altlastenkataster gelangen. Dort sind die sogenannten Verdachtsgebiete eingefärbt. Wir kennen diese selbstverständlich, bei allen Baugesuchen, die eingehen, werden diese

routinemässig berücksichtigt, sodass die Eigentümer der Parzellen verpflichtet werden bei einem Bauprojekt die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen. Das ist relativ gut organisiert. Die zweite Frage zu den Feldreben in Muttenz. Das hat nicht direkt einen Einfluss auf Allschwil. Unter Umständen könnte dies über die Grundwassergewinnung einen Kurzschluss geben. Dort gehen wir davon aus, dass die kantonalen Behörden und die lokalen Gemeinden darauf hinwirken, dass die Deponien verursachergerecht überwacht und allenfalls saniert werden. Dort sind wir nicht direkt betroffen. Wir beteiligen uns rege am Informationsaustausch und schauen auch vor allem wegen unserer Wasserqualität, welche bekanntlich zu 100% aus der Hardwasser AG kommt. Wir haben ein Auge darauf, dass die Qualität stimmt und dass die periodischen Überprüfungen vorgenommen werden.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: 2006 hat die FDP-Fraktion dieses dringliche Postulat eingereicht. Es freut uns, dass dieser Bericht jetzt endlich vorliegt nach sieben Jahren, es ist etwas gegangen. Wir haben diesen Bericht zur Kenntnis genommen und möchten dem Gemeinderat für diesen einfach verständlich und gut strukturierten Bericht danken, speziell Andreas Dill als Verfasser dieses Berichts.

Andreas Bammatter, Präsident: Wird eine abschnittsweise Beratung verlangt? Gut, dann kommen wir zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Bericht des Gemeinderates wird zur Kenntnis genommen und das dringliche Postulat (Geschäft 3669) vom 17. Mai 2006 als erledigt abgeschrieben.

://

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

://

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2013, zum Postulat von Christoph Benz, EVP, vom 02.05.2011, betreffend Umgang mit invasiven Neophyten im ganzen Gemeindegebiet
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4003 / A

Andreas Bammatter, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie Sie wissen, ist mit den Neophyten ein Problem der Neuzeit uns überlassen. Sie haben in diesem Bericht gefunden, dass die Gemeinde Allschwil und viele andere Organisationen wie speziell die Bürgergemeinde oder der Natur- und Vogelschutzverein, und viele andere, welche ich hier nicht alle erwähne, mithelfen, dass die invasiven Pflanzen, welche aus fremden Ländern importiert wurden, unser Allschwil nicht überschwemmen und unsere einheimischen Gewächse bedrängen oder sogar verunmöglichen. Sie sehen im Bericht, was unsere Aktivitäten waren. Dies hätten wir nicht machen können ohne die breite Unterstützung. Es ist ähnlich wie bei den Chemiemüll-Deponien. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es nicht in der Kompetenz von Allschwil liegt, sondern die Verantwortung für die Bekämpfung der invasiven Neophyten liegt eindeutig beim Kanton. Damit möchte ich die Arbeit nicht wegdelegieren, ich finde es gut, dass wir in Allschwil sehr aktiv sind, und ich arbeite auch gerne mit, aber die Verantwortung liegt beim Kanton. Dort erwarten wir in Zukunft noch mehr Unterstützung.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Im Namen der EVP/Grüne-Fraktion bedanke ich mich für diesen Bericht, besonders im Namen meines Vorgängers Christoph Benz. Das alles steht und fällt mit dem Engagement der Allgemeinheit, wie es Herr Vogt gesagt hat, mit Vereinen und interessierten Kreisen. Wenn man aufgeklärt ist und weiss, was es bedeutet, wenn fremde Pflanzen hereinkommen, dann ist man auch bereit, etwas dagegen zu tun. Es ist sehr wertvoll, wenn die Gemeinde und der Kanton ihren Beitrag leisten. Aber das reicht nicht, die Allgemeinheit muss aufgeklärt sein und jeder muss seinen Beitrag leisten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Robi, ich komm nochmals auf das gleiche zurück wie vorhin. Ich denke, wir verstehen uns auf gleicher Augenhöhe. Manchmal habe ich eine Frage: Weshalb meidest du in deinem Departement den Kontakt mit den Kommissionen und den Einwohnerräten, der Umweltkommission oder der Naturschutzkommission? In deinem Departement wird sehr selbstständig und gut gearbeitet, das ist keine Kritik an deiner Arbeit, aber der Kontakt zu uns fehlt manchmal. Andreas Bammatter hat vor ein paar Jahren allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten einen Prospekt hingelegt, um was es geht. Markus Lack schlägt Alarm. Wir haben sehr viele Organisationen, welche bei diesem Thema sensibel sind. Der Vogelschutzverein macht etwas, viele Leute von uns sind dabei. Es gehen Schulklassen, ich sage jetzt nicht, wer damit angefangen hat, sonst lachen Sie. Sechs Klassen machen Einsätze in dieser Arbeit, und leisten damit einen kleinen Beitrag. Danke an den Gemeinderat, wir erhalten etwas in die Klassenkasse für unsere Lager. Vereine gehen und sogar Betriebe machen solche Einsätze in Allschwil. Das steht leider in diesem Bericht nicht drin. Sensibilisieren heisst, dass ich das Thema kenne. Ich muss breit arbeiten, es ist keine Bagatelle. Wer in den Alpen spazieren geht, sieht auch dort Probleme, das ist ein Thema. Früher hat der Gemeinderat oder die Verwaltung samstagsweise auf dem Werkhof Rendezvous für Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen gemacht, um das Thema Kompostieren kennen zu lernen. Viele haben das im Garten. Kinder gehen den Sporn räumen, aber die Eltern wissen gar nichts darüber. Ich glaube, da können wir alle, die Verwaltung, mehr machen. Nur wer sensibilisiert ist, kann etwas machen. Zusammen könnten wir alle viel mehr machen, Verwaltung und Gemeinderat. Bitte an dein Departement Robi, macht noch mehr mit den Schulklassen, dort müssen wir anfangen. Wir gehen in den Wald schauen mit Markus Lack, wo die Probleme sind. Er sagt ganz deutlich, um was es geht. Ich bitte darum, dass wir uns alle viel mehr dazu sensibilisieren. Mein Appell an dich Robi: Die Brücke zu uns ist die Kommission.

Man sagt, der Kanton sei verantwortlich. Der Kanton, Liestal, ist gleich weit weg von uns wie wir von Liestal. Wenn wir etwas wollen, dann sind wir auch weit weg. Wir haben die Befugnis und viel eigenes Land. Verantwortlichkeit ist hier nicht das Thema, Betroffenheit ist das Thema.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Wir in der Fraktion haben uns diesem Bericht angeschlossen und möchten uns beim Gemeinderat bedanken. Für uns ist es wichtig, dass die Informationen wirklich demnächst auf der Homepage erscheinen. Ich habe in Erinnerung, dass es einen Prospekt gibt, wo die Pflanzen mit Photo und Beschrieb abgebildet sind, welche man nicht vermehren sollte in den eigenen Gärten. Im Familiengarten, wo wir den Garten haben, hat es fast nur Neophyten-Pflanzen. Die sind schwierig loszuwerden. Ich wäre dankbar, wenn die Gemeinde noch intensiver in den Familiengärten aufklärt, dass wir mit diesen Pflanzen aufhören sollen. Es wird zwar schon viel gemacht, aber dort sind zehn Garteninhaber. Und wenn zehn Garteninhaber sämtliche Pflanzen von diesem Prospekt haben, um ihr Grundstück abzugrenzen, und ich möchte daneben Gemüse und Rosen pflanzen, welches nicht kommt, dann ist das schade. Ich bitte darum, dass man die Sache auf die Homepage tut, vielleicht auch in Französisch und Italienisch, in den Familiengärten sind viele italienisch- oder französischsprachende Leute, oder solche, die englisch reden. Ich wäre froh, wenn man die Familiengärten besser instruiert.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich wollte zuerst eigentlich nichts sagen. Wenn man dies der Bevölkerung zur Verfügung stellt, dann sollte man noch folgendes korrigieren, bei rechtliche Grundlagen, unter A. Dort steht: Fünf der elf in Anhang 2 aufgelisteten, verbotene Pflanzen kommen in Allschwil bekannterweise vor (fett markiert). Fett markiert sind aber sechs Pflanzen, das soll doch jemand kontrollieren. Und nicht vergessen: Rätoromanisch ist auch eine Landessprache.

Andreas Bammatter, Präsident: Verlangt jemand abschnittsweise Beratung? Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zum Antrag.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

-
1. Der Bericht des Gemeinderates wird zur Kenntnis genommen und das Postulat (Geschäft 4002) vom 02. Mai 2012 als erledigt abgeschrieben.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich bei 2 Enthaltungen angenommen.

://:

Das Geschäft als ganzes wird grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Interpellation von Stephan Wolf, Philippe Hofmann, Kurt Kneier, Franz Vogt, Evelyne Roth, Peter Brack, Philippe Adam und Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 24.04.2013, betreffend Jugend Treff Allschwil (JTA):
Von Heinz Kraus zu Daniel Schäfer
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4139 / A

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich bedanke mich für die Einreichung der Interpellation. Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen, um ein bisschen ausführlicher über das Freizeithaus zu berichten und haben dies darum schriftlich gemacht. Ich möchte nur kurz etwas sagen zum Titel. Jugend Treff, das ist lange her, das war 1992. Man hat dann gewechselt zum Jugendfreizeithaus und seit 2007 mit dem Neubau heisst es Kinder- Jugend- und Familienfreizeithaus. Im Titel steht „von Heinz Kraus zu Daniel Schäfer“. Das wirkt etwas komisch. Heinz Kraus, welcher pensioniert wurde, war für uns eine Institution. Alle kannten ihn, er hat ganz viel aufgebaut und wir verdanken ihm extrem viel. Ich möchte aber nicht, dass man jetzt dem nachhängt, sondern sieht, dass Peter Brack weitergemacht hat, er ist jetzt der Leiter und seit über 20 Jahren mit dabei. Alle Jugendlichen, welche dort waren, haben auch Peter erlebt. Dazu kommt Michel Nobile, welcher auch über 15 Jahre da ist, Caroline, glaub auch über 8 Jahre, also wir haben sehr viele langjährige Mitarbeiter. Das freut mich sehr und das gewährleistet, dass das Freizeithaus in diesem Rahmen schön und gut weitergeführt wird. Ich hoffe, sie sind zufrieden mit der Beantwortung der Interpellation, ansonsten steht ich gerne für Fragen zur Verfügung.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Danke für die Antwort. Vielleicht etwas zum Titel. Ich habe das geschrieben und es sei mir verziehen, dass ich diesen Titel genommen habe, weil es umgangssprachlich so heisst. Aber ich lasse mich gerne belehren, wie das richtig heisst.

Andreas Bammatter, Präsident: Verlangen Sie Diskussion? Nein, es wird keine Diskussion verlangt,

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte es nicht unterlassen und dem Gemeinderat danken für den Bericht. Wir von der CVP-Fraktion sind mit den Antworten zur Interpellation zufrieden.

Andreas Bammatter, Präsident: Es wird keine Diskussion verlangt, damit ist die Interpellation als beantwortet und erledigt abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 16.01.2013, betreffend
Armutbericht
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4118

Andreas Bammatter, Präsident: Der Gemeinderat ist für Nichtentgegennahme.

Arnold Julier, Gemeinderat: Jeder weiss, was Armut ist. Ungemütlich, nicht lustig, unangenehm und mühsam. Schwieriger wird es, wenn man versucht, Armut zu definieren. Dann merkt man, dass Armut nicht bei jedem dasselbe sein muss. Es ist nicht einmal klar, in welcher Einheit, wenn überhaupt, Armut zu messen ist. Es ist nicht nur die materielle Armut, es gibt auch andere, wie soziale Armut. Nur materielle Armut alleine ist es nicht. Die Definition vom Bundesamt für Statistik sagt, dass Armut allgemein beschrieben werden kann als Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen, materiell, kulturell und sozial, was zur Folge hat, dass die betroffenen Personen keinen minimalen Lebensstandard erreichen, welcher als annehmbar empfunden wird. In der Regel wird die Armut finanziell definiert, also materiell. Als arm gelten demnach Personen, welche nicht über die Mittel verfügen, um die für ein gesellschaftliches integriertes Leben notwendige Güter und Dienstleistungen erwerben zu können. In der Schweiz leitet sich die Definition soziales Existenzminimum von den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe ab, welche auch die Referenz ist für die Beurteilung eines Anspruches auf Sozialhilfe. Bei der im Postulat zitierten baselstädtischen Armutsstudie handelt es sich um den Armutsbericht Basel-Stadt. Dieser Bericht umfasst über 300 Seiten, zahlreiche Grafiken und Tabellen, und wurde im Juni 2010 vom Christoph Merian Verlag publiziert. Die Autoren dieses Berichts waren ein Team des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien in Bern. Wir haben uns selbstverständlich bei diesem Büro erkundigt und nachgefragt betreffend einem Bericht und den Kosten. Gemäss Auskunft des Büros für politische Studien müssten wir für eine vergleichbare Untersuchung mit Bericht für Allschwil mit Kosten von CHF 200'000 bis CHF 280'000 rechnen. Abhängig selbstverständlich von der Differenzierung in der Fragestellung und den Ansprüchen bezüglich Interview mit den armutsbetroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern von Allschwil. Die im Postulat formulierten statistischen und teilweise auch inhaltlichen Fragen können bereits heute mit den zur Verfügung stehenden Unterlagen beantwortet werden. Das sind zum Beispiel die Kennzahlen der Sozialhilfebehörde, jährliche Sozialhilfestatistiken des Kantons und des Bundes, Kennzahlenvergleiche von diversen Gemeinden der Region, wo Allschwil sich zweijährlich daran beteiligt. Nicht definiert oder formuliert sind bis heute für Allschwil spezifische sozialpolitische Fragestellungen. Wir können davon ausgehen, dass diese nicht wesentlich von den Erkenntnissen von baselstädtischen und von anderen Städten und Agglomerationsgemeinden abweichen. Wir können uns an die Armutsstudie von Basel anlehnen oder an andere Armutsberichte und Statistiken. Wir haben eine von der Caritas, die haben auch einen Bericht gemacht. Armut und Armutsgrenze der SKOS, und dann haben wir immer noch die Zahlen vom Bundesamt für Statistik, das sind ganze Bücher, die jedes Jahr herausgegeben werden, denen kann man viel entnehmen. Im Weiteren hat der Bundesrat ein nationales Armutsprogramm gutgeheissen. Das Programm ist speziell zur Prävention und Bekämpfung von Armut, es läuft nächstes Jahr an. Die wichtigsten Ziele dieses Programms, ist, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen, damit sie nicht in die Armutsfalle abrutschen. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe am Erwerbsleben. Die Fähigkeit, erwerbstätig zu sein, schützt am nachhaltigsten vor Armut. Im Kanton Baselland wurde bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt für einen kantonalen Armutsbericht Baselland. Es gibt bereits verschiedene Berichte und Programme zu diesem Thema, weitere werden erarbeitet, die auch für Allschwil zugezogen werden können. Deshalb sollten wir unsere Ressourcen anders einsetzen als für einen Armutsbericht für Allschwil. Der Gemeinderat stellt deshalb den Antrag, das Postulat nicht zu überweisen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich weiss nicht, woher die Meinung kommt, ich verlange einen 300-seitigen Bericht für CHF 200'000. Das steht nicht im Postulat. Die SP-Fraktion möchte einen Armutsbericht über Allschwil. Die Untersuchungen, die du aufgezählt hast, können alle beigezogen werden für den Bericht für Allschwil. Es geht darum, dass wir die Armut in Allschwil sichtbar machen können, damit wir Instrumente haben, um die Armut in Allschwil zu bekämpfen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde sich darüber foutiert, was in Allschwil ist, und das wissen wir nicht. Du zitierst kantonale Statistiken und solche vom Bund. Aber von Allschwil hast du keine Unterlagen. Es wäre wichtig, dass dies sichtbar gemacht wird. Wie hoch ist der Anteil der Bevölkerung in Allschwil, welche arm oder armutsgefährdet ist. Welche Bevölkerungsgruppen sind von Armut betroffen, welche Altersgruppen, welche sozialen Gruppen sind betroffen. Es geht darum, wie der Gemeinderat die Armutsrisiken identifiziert und welche Strategien er entwickeln möchte, um die Armut zu bekämpfen. Es geht auch darum, dass wir die immensen Kosten, welche Allschwil für die Armut ausgibt, für die Sozialleistungen, jährlich CHF 2'000'000, senken können durch Armutsbekämpfung. Da sehe ich noch keine Motivation oder Anstrengungen des Gemeinderates dies anzugehen. Der Gemeinderat soll prüfen, inwieweit er einen Armutsbericht erschaffen kann, aufgrund der vielen Unterlagen, die er, der Kanton und der Bund haben.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich rede im Namen der Grünen und der EVP. Ich finde es beschämend und traurig, dass man in Allschwil jährlich mehrere Bücher darüber verfassen kann, farbig und auf Glanzpapier, wie attraktiv und toll, sogar weltberühmt, die Gemeinde ist mit ihren Departementen und Zukunftsaussichten. Andererseits lehnt man diesen geforderten Bericht ab, wo es um die Darstellung der Lebenssituation der Menschen geht, welche sich hinter den steigenden Fallzahlen im Bereich Sozialhilfe verbergen. Diese Leute kennen nur die Schattenseite des Lebens und leben als Randständige in unserer Gesellschaft. Wir wissen, Allschwil möchte Stärke zeigen und die Schwachen sollen geschwächt und verleugnet werden. So empfindet es auch Pfarrerin Hofheinz, die Gründerin der Gruppe "Versteckte Armut in Allschwil-Schönenbuch". Eine Gruppe, welche von der Kirche getragen wird und diakonisch arbeitet. Sie hat regelrecht Mühe, sich in Allschwil zum Thema Armut Gehör zu verschaffen. Es geht um mindestens 40 Fälle pro Jahr, welche sie behandeln müssen und wo es dringend finanzielle Zustüpfte braucht. Sie ist nicht sehr überrascht darüber, dass der Gemeinderat diesen Bericht ablehnt, sie ist aber auch nicht glücklich darüber. Ich habe nirgends im Postulat gelesen, dass die Gemeinde selber zur Kasse gebeten werden soll. Der Gemeinderat soll schreiben oder prüfen, wie die Hilfe aussehen könnte für die Ärmsten unter uns. Zum Beispiel könnten das auch Ideen wie die Nachbarschaftshilfe sein, oder dass man sich mehr um den Nächsten kümmert als nur um das eigene Business. Die Ärmsten gehören auch zu unserer Gemeinde wie auch die Rosenberglers. Ich habe immer Mühe mit diesem leicht elitären Arbeiten des Gemeinderates, dass man immer nur auf gute Steuerzahler aus ist. Auch mich hat die Ablehnung nicht überrascht. Der Gemeinderat könnte mir ja das Gegenteil beweisen, dass ich falsch liege, und das nein nochmals überdenken.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin erschüttert, wie oft ich auf der Traktandenliste lese: Der Gemeinderat empfiehlt Ablehnung. Ich muss Bruno Gadola Recht geben, dass er hier Transparenz möchte. Ich glaube kaum, dass die Gemeinde Allschwil CHF 300'000 in die Hand nehmen muss, um dies zusammenzustellen. Ich glaube kaum, dass man unzählige Gruppen organisieren muss, um dies zusammen zu erarbeiten. Ich sehe, dass im Budget immer wieder in die IT investiert wird. Ich glaube, man sollte gewisse Daten aus dem Computer herausholen können. Wir erwarten keinen Bericht von 300 Seiten, das wurde gesagt. Es würde reichen, wenn wir zwei A4-Seiten haben, wo man die Situation in Allschwil sieht. Auch ich habe im Internet gesurft und geschaut. Und wenn ich sehe, was das Bundesamt für Statistik herausgibt 2012, dann sehen diese Zahlen nicht sehr rosig aus. Ich bin entsetzt, dass Allschwil immer alles auf die gute Seite schiebt. Ich möchte von Arnold Julier wissen, wie die Armutsgrenze bei uns in Allschwil aussieht, auf einer Skala von 1 – 10, wenn 1 wenig ist und 10 hoch. Kannst du uns das bildlich überbringen? Ich möchte an alle appellieren, dass ihr euch überlegt, dass wir in einer guten Situation sind. Man sollte sich auch mit diesem Thema befassen, die GLP/BDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag.

Arnold Julier, Gemeinderat. Ich weiss nicht, was du mit der Skala 1 – 10 meinst. Wir haben das Sozialhilfegesetz und die Sozialhilfeverordnung, dort wird klar definiert, was man bezahlen kann. Das geht nicht von 1 bis 10. Wenn es ein Sozialhilfebezug ist, dann ist das klar geregelt. Es gibt den Grundbedarf, Krankenkassenprämien, Zahnarztkosten usw. Das ist alles in der Sozialhilfeverordnung geregelt, da kann man nicht mit einer Skala von 1 – 10 kommen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich meinte nicht die Zahlen. Du kannst es mir auch prozentual zur Bevölkerung sagen. Liegt unsere Armutsgrenze bei 3%?

Arnold Julier, Gemeinderat: Aha, du meinst die Sozialhilfequote. Die letzte Sozialhilfequote war 3,4%. Das heisst, dass von 100 Menschen 3,4 Personen unterstützt werden. Das sind die letzten Zahlen. Wobei man muss hier auch aufpassen, denn es gibt Situationen, die dies anders berechnen, weil es aufsummiert wird. Die Zahlen, welche der Bund macht, sind genau. Es ist der Tag X, wie viele Menschen bei der Sozialhilfe sind, und davon wird die Quote berechnet. Ich möchte noch etwas zur Nachbarschaftshilfe sagen. Ich glaube nicht, dass der Gemeinderat sagen kann, man soll den Nachbarn helfen. Es ist Sache der Nachbarschaft, dass sie gegenseitig schauen und sich unterstützen. Wir haben einen gut eingerichteten Sozialdienst, der ist öffentlich. Da kann jeder kommen, der ein Bedürfnis hat, damit er etwas vom Staat erhält. Wir geben viel Geld aus für Arbeitsintegration, damit wir die Leute in den Arbeitsprozess integrieren können. Aus diesem Grund haben wir sogar eine Fachstelle für Arbeitsintegration eingerichtet, um dies zu professionalisieren. Dies läuft gut. Wenn man den Bericht des Kantons anschaut, dann können 18%, welche ein Integrationsprogramm besucht haben, in eine Arbeit integriert werden.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns auch mit diesem Postulat beschäftigt. Wenn ich jetzt meine Vorredner höre, dann könnte man meinen, Allschwil sei ein grosses Slum. Das ist sicher nicht so. Wir teilen die Auffassung des Gemeinderates, dass es bereits viele Berichte zu Armut gibt. Wir haben das Bundesamt für Statistik und den Kanton. Wir haben eine funktionierende Sozialhilfe, welche auch Arbeitsintegration macht. Zu den Kosten des Berichts. Auch wenn kein 300-seitiger Bericht verlangt wird und die Zahl von CHF 200'000 bis CHF 280'000 in Abrede gestellt wurde, wird sich der Bericht trotzdem nicht gratis machen lassen. Der Gemeinderat kann nicht persönlich von Haus zu Haus gehen und schauen, wo es allenfalls Armut gibt oder nicht. Dies müssten Experten oder Sachbearbeiter machen. Gerade weil es Berichte des Bundesamtes für Statistik und des Kantons gibt, und weil wir eine funktionierende Sozialhilfe haben, ist ein Armutsbericht für die Gemeinde Allschwil nicht nötig. Es macht schlussendlich die Gemeinde arm, wenn diese Kosten berappt werden müssen. Auch wenn der Finanzplan erst im Dezember behandelt wird, so rosig sind die Finanzen der Gemeinde Allschwil nicht. Wir sind dafür, dass man dieses Postulat nicht überweist und bitten darum so abzustimmen.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, dass Personen mit ungenügenden Vermögensverhältnissen Sozialhilfe beantragen können, und dass Personen mit IV- oder AHV-Renten Anrecht auf Ergänzungsleistung haben. Diese gesetzlichen Grundlagen gibt es bereits. Ein Armutsbericht bringt in unseren Augen keinen Lösungsansatz. Unsere Fraktion ist für konkrete Massnahmen in Allschwil wie zum Beispiel sozialverträglicher Wohnungsbau, zahlbare Alterswohnungen, Kinderbetreuung, damit Frauen die gleichen Arbeitschancen haben, und auf nationaler Ebene gute Bildungsmöglichkeit für alle und günstigere Einkaufsmöglichkeiten in der Schweiz durch Direktimport. Dort müssen wir ansetzen. Es gibt auch viele private Organisationen, welche sich allen Armutsgruppen annehmen, wie zum Beispiel die VAAS, "Versteckte Armut Allschwil-Schönenbuch". Wir müssen die Armut nicht bekämpfen, sondern wir müssen sie nicht so weit kommen lassen. Wir schliessen uns dem Antrag des Gemeinderates an und lehnen das Postulat ab.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich musste lange warten. Heute Abend haben wir einen Bericht des Gemeinderates, Bau- und Strassenlinienplan, das Postulat Le Letten, eine Beantwortung der Interpellation betreffend Jugendtreff, Bericht zum Umgang mit Neophyten. Wir haben Berichte des Gemeinderates, kein Mensch fragt, was das kostet. Das macht mich wütend. Bruno Gadola möchte keinen 300-seitigen Bericht, er möchte, dass wir hier drin ein Sprachrohr sind für die Menschen, welche wirklich Probleme haben. Wir haben bei uns eine Arbeitsgruppe "Versteckte Armut". Wer sie nicht kennt, hat ein Problem. Das ist ein Thema. Wir möchten nichts anderes, als dass wir hier drin Rezepte suchen und Reglemente herunterleiern, welche andere haben und wir nicht haben. Es wurde gesagt, dass man es nicht so weit gehen lassen kommen. Wo können wir als Volksvertreter und nicht Volksverträmper sagen, dass wir hier gemeinsam mit dem Gemeinderat und der Verwaltung Hilfe bieten. Es geht nicht an, ein Reglement zu machen oder einen riesigen Bericht zu schreiben. Es geht darum, ein Sprachrohr für die Leute zu sein und Kontakt aufzunehmen mit der versteckten Armut. Für unsere Kirche ist es ein Thema, da staune ich, aber wir Politiker ignorieren es. Ich erwarte von uns allen hier drin, dass wir dem Gemeinderat eine Chance geben, dieses Thema zum Thema zu machen. Das müssen wir lösen, denn es wird immer grösser werden. Ich kenne solche Leute in meinem Beruf, ich habe mit ihnen zu tun.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen und das Postulat ablehnen. Es wurde gesagt, dass die Gemeinde nicht zur Kasse gebeten werden soll. Ich weiss nicht, ob dies gewisse Leute in der EVP nicht wissen, aber es kostet immer Geld, wenn man etwas macht. Das ist immer so, vor allem dann, wenn es der Staat macht. Und ich muss auch eine Lanze brechen für diejenigen, die auf dem Rosenberg wohnen. Ich höre mir diese Sprüche schon an, das ist auch okay. Aber ich muss schon sagen, so oft wird mit dem Finger dort drauf gezeigt und es gibt blöde Sprüche. Franz soll doch mal ausrechnen, wenn er Zeit hat, wie viele Steuern wegfallen würden, wenn der Rosenberg nichts mehr bezahlen würde. Das würde mich interessieren, in Bezug auf die Bevölkerung in Allschwil.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich führe jetzt keine Rosenberg-Diskussion. Ich habe eine praktische Anregung zum Votum von Barbara Selinger. Ich habe den Jahresbericht studiert, speziell pflichtbewusst, weil ich in der GPK bin. Ich brauchte fünf Stunden für den Jahresbericht. Ich fände es gut, wenn der Jahresbericht, den ich, Klammerbemerkung, zu einem grossen Teil als Blufferbericht empfinde, Klammer

geschlossen, 20 bis 30 Seiten weniger hätte, dafür eine Seite über den Stand der Armut und die Empfehlungen des Gemeinderates in Allschwil.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich oute mich grad am Anfang, ich wohne auch am Rosenberg. Mir fehlen ein bisschen die Zusammenhänge, welche sicher bestehen, in den Ausführungen des Gemeinderates. Arnold Julier hat verschiedene Sachen schön nebeneinander gestellt. Das eine zieht das andere nach sich. Wer materiell verarmt, hat weniger Möglichkeit am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen. Er vereinsamt. Wer vereinsamt, und dazu gibt es viele Berichte, ist mehr gefährdet, gesundheitliche Probleme zu erhalten, auch psychische Probleme. Das geht wieder auf die Allgemeinheit. Wir müssten alles Interesse daran haben, mit einem Bericht, ungeachtet wie dick dieser ist, herauszufinden, wie wir noch mehr Prävention machen könnten. Klar ist es gut, wenn jemand, der verarmt, auf die Sozialhilfe gehen kann. Aber das sollte ja nur eine vorübergehende Sache sein. Wir möchten ja nicht Armut verwalten.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich betone, was Jean-Claude gesagt hat. Mich dünkt, dass der Gemeinderat die Armut bisher nur verwaltet und nicht aktiv angeht. Aktiv angehen kann man nur, wenn man die Situation schildert und analysiert. Das ist nicht der Fall bis jetzt, auch wenn du viele Sachen aufzählst, welche der Kanton und der Bund machen. Allschwil hat das bis jetzt nicht gemacht. Die Voraussetzungen für Armutsbekämpfung sind ein sauberer Bericht und eine saubere Analyse. Die Armutsbekämpfung darf etwas kosten, ein Bericht darf etwas kosten. Es kostet genug, was wir hier im Rat beschliessen. Weshalb darf jetzt der Armutsbericht nichts kosten? Sicher nicht CHF 200'000, das ist lächerlich, das möchte hier niemand im Saal. Die Armut gibt es, Frau Vogt, die müssen wir nicht zuerst erschaffen. Wir müssen schauen, wo sie ist und wo sie sich versteckt. Diejenigen, die zur Sozialhilfe gehen, sind nicht alle, das wisst ihr genau, es gibt auch versteckte Armut. Die sollte man auch ausloten und beleuchten. Wir haben keine Slums in Allschwil, aber es gibt Armut, auch wenn sie noch so klein ist. Wir müssen sie genau anschauen und bekämpfen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Nur um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen. Wir sind auch der Meinung, dass Sozialhilfe nur ein vorübergehender Zustand sein darf. Genau deshalb gibt es die Arbeitsintegration. Man versucht die bedürftigen Leute in den Arbeitsprozess zu integrieren und dazu zu schauen, dass sie nicht mehr arm sind.

Arnold Julier, Gemeinderat: Es kommt jetzt so daher, als würde Allschwil nichts machen. Das kann ich nicht akzeptieren. Wir machen das, was wir machen müssen. Wir wirken sehr engagiert darauf hin, dass wir die Leute bei der Sozialhilfe integrieren können. Wenn Sie das AWB im Oktober gelesen haben, dann haben Sie gesehen, wie viele Haushalte wir unterstützen, wie viel Sozialhilfe wir bezahlen, und wie viel Ergänzungsleistung. CHF 6'000'000 sei nichts. 415 Haushalte mit 679 Personen, das sei einfach nichts. Irgendwo müsst ihr schon eine Grenze ziehen. Wenn es Leute gibt, die nicht kommen, dann sag es mir, ich hole sie zur Beratung. Wenn du, Jean-Jacques sagst, dass die "Versteckte Armut" keine Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern haben, dann akzeptiere ich das nicht, das stimmt nicht. Ich weiss, dass sie gut zusammenarbeiten. Ich lasse es mir nicht sagen, dass diese miteinander nicht zu Recht kommen. Dass die Sozialarbeiter oder die Sozialen Dienste mit der "Versteckten Armut" nicht kooperieren, das stimmt nicht, das ist nicht akzeptabel.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte auf die Kostenfrage des Berichts eingehen. Es gibt jedes Jahr und immer wie mehr Masterstudenten, welche sehr gerne eine solche Arbeit schreiben würden. Das hätte den Vorteil, dass es unabhängig ist, es ist in Zusammenhang mit einer Fachhochschule oder einer Universität, und es wäre eine wissenschaftliche Arbeit. Selbstverständlich wäre die Gemeinde belastet, im Sinne von Informationen aufbereiten und herausgeben. Aber das wäre ein sehr guter Ansatz, um an so einen Bericht zu kommen und auch zu anderen Analysen, welche wir gerne über die Gemeinde hätten.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Wir wären schon froh, wenn das, was Arnold Julier heute Abend erzählt hat, wir schriftlich erhalten würden. Nicht zuletzt aus dem Grund, weil im Umfeld, wo ich wohne, habe ich persönlich den Eindruck, dass Leute, die sozialhilfeabhängig werden, deutlich mehr werden, dies innerhalb der letzten vier Jahre. Das Quartier, in dem ich wohne, ist extrem durchmisch. Es hat es günstige Wohnungen und es hat Neubauten mit Wohnungen, die CHF 3000 bis CHF 4000 pro Monat

kosten. Die Zunahme würde mich interessieren, wie es im statistischen Mittel aussieht. Du hast gesagt, 3 Personen auf 100, das macht 600 Leute in Allschwil. Ich erwarte keine 300 Seiten, sondern eine kurze Stellungnahme mit Erläuterungen von dem, was du gesagt hast. Das würde mir reichen, um zu wissen, ob wir im normalen Mittel sind. Es kam auch in der Rundschau eine sehr gute Sendung darüber. Mir ist bekannt, dass bei einer wachsenden Kleinstadt 5% sozialabhängige Leute normal sind. Trotzdem macht das ein bisschen Angst.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Jetzt haben wir schon viel gehört. Wir wissen, dass schon viel gemacht wird zum ganzen Thema. Die Überlegung, welche Ueli gesagt hat, mit dem Gesamtbericht, und dass man es dort einfliessen lässt, ist nicht verkehrt. Ich schlage vor, dass Bruno Gadola das Postulat zurückzieht, und die zwei Herren sollen zusammen etwas ausarbeiten, damit wir es im Geschäftsbericht haben. Den Voten nach würden wir Leute finden, die das unterstützen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Bereits hat Rahel etwas weggenommen. Wir sprechen über Zahlen und Reglemente. Man kann das einfach niederschreiben auf zwei bis drei Seiten. Ich möchte dich gerne einladen, mit mir zusammen das Tonband anzuhören von dieser Sitzung heute Abend. Ich habe nicht gesagt, dass ihr nicht kooperiert. Wenn ich das gesagt habe, dann bezahle ich dir einen Kaffee. Wenn ich es nicht gesagt habe, dann bezahlst du mir einen Kaffee. Darauf freue ich mich.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung zur Überweisung des Postulats.

://:

Das Postulat wird mit 18 Ja- Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen überwiesen.

PAUSE

Andreas Bammatter, Präsident: Gemäss Traktandenliste würden wir jetzt zum Infenster des Gemeinderates kommen. Vorher möchte ich gerne etwas machen. Wie Sie gesehen haben, ist Ines Wehrauch aufgetaucht. Sie sitzt heute nicht vorne, sondern sie sitzt hinten bei den Zuschauerinnen und Zuschauern. Das ist das letzte Mal, dass sie hier ist. Wir haben es gehört, sie wird uns verlassen. Ich nutze die Gelegenheit, sie im Rat zu verabschieden. Auf der Webseite von Allschwil steht: „Der Rechtsdienst erbringt interne Dienstleistungen und erarbeitet dadurch massgebliche rechtliche Entscheidungsgrundlagen für alle Hauptabteilungen der Verwaltungen und den Gemeinderat.“ Und jetzt kommt das wichtige: „Ebenso berät und unterstützt der Rechtsdienst das Büro des Einwohnerrates.“ Liebe Ines, in den vergangenen zwei Jahren, seit dem Dezember 2011, hast du in der Verwaltung gewirkt. Du bist am 9. Januar 2012 für uns im Einwohnerrat das rechtliche Gewissen geworden. Jetzt gehst du einen Schritt weiter, wir danken dir sehr herzlich für dein Engagement und wünschen dir im Namen des Einwohnerrates alles Gute. Ich bitte dich nach vorne zu kommen, damit ich dir einen Blumenstraus überreichen kann.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich möchte die zweite Dame offiziell verabschieden, welche unsere Gemeinde verlässt. Sie ist heute zum letzten Mal im Einwohnerrat, unsere Gemeindeverwalterin Sandra Steiner. Ich habe letztes Mal informiert, dass sie ihre Stelle wechselt. Sie wird nach Bern gehen, näher zu ihren Bergen, das ist der Grund, welchen sie uns mitgeteilt hat. Frau Steiner hat vor rund sechs Jahren in Allschwil angefangen. Sie ist seit 2007 als Gemeindeverwalterin in Allschwil tätig. Sie hat während diesen sechs Jahren unzählige Projekte für den Gemeinderat miterledigt. Sie hatte die Führung der Gesamtverwaltung inne, mit vielzähligen Mitarbeitenden. Alle, die mit Menschen arbeiten, wissen, dass jeder Tag anders ist, man kann nicht gross planen. Frau Steiner hat ihre Arbeit immer gewissenhaft erledigt. Ich möchte ihr sehr herzlich danke sagen für die Zeit, die sie bei uns gearbeitet hat, und ihr für die Zukunft alles Beste wünschen. Und ich habe hier auch einen Blumenstraus.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir fahren weiter mit dem Info-Fenster. Wie Sie in der Einladung bereits lesen konnten, werden wir heute etwas zum Projekt Famex hören.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich möchte Sie zuerst personalmässig aufdatieren. Ich habe letztes Mal informiert über die verschiedenen Kündigungen, die eingegangen sind. Ich möchte Ihnen den aktuellen Stand mitteilen. Zuerst zur Stelle des Rechtsdienstes, die Nachfolge von Frau Wehrauch. Ich habe an der letzten Einwohnerratssitzung gesagt, dass wir diese Stelle selber ausschreiben werden. Das haben wir gemacht, wir haben die erste Vorstellungsrunde bereits durchgeführt, ich und Sandra Steiner. Die zweiten Vorstellungsgespräche werden demnächst folgen. Ich gehe davon aus, dass wir jemanden finden für diese Nachfolge.

Zur Anstellung Hauptabteilungsleiter Zentrale Dienste. Diese Stelle haben wir auch selber ausgeschrieben. Der Gemeinderat hat an der heutigen Sitzung Jean-Claude Baumann als Nachfolger von Herrn Schmassmann angestellt. Herr Baumann ist 48 Jahre alt, seit 1995 im Personalbereich tätig. Im Jahr 2000 bis 2005 war er für die Bürgergemeinde Basel-Stadt tätig. Seit 2005 ist er in einer grösseren Firma, auch als Personalleiter. Der Gemeinderat konnte sich an der Vorstellungsrunde davon überzeugen, dass Herr Baumann diese Stelle bekleiden kann, und dass dies eine gute Anstellung ist. Er wird am 1. Februar 2014 anfangen zu arbeiten. Bezüglich der Möglichkeit, die Gemeindeverwalterin ad interim zu ersetzen, haben wir eine Offerte bei der BDO Visura eingeholt, um abzuklären, wie viel dies kosten würde, wenn wir die BDO mit einem Mandat beauftragen würden. Kurz nachdem in der Presse erschienen ist, dass die Gemeindeverwalterin uns verlassen wird, habe ich ein Telefon erhalten von Gertrud Schaub. Sie hat mir erklärt, dass sie sich seit anfangs Jahr frühzeitig pensionieren liess und dass sie gerne das Management zurzeit machen. Sie könnte sich vorstellen, in der Gemeinde Allschwil ad interim Gemeindeverwalterin zu sein. Christoph Morat und ich hatten mit ihr eine erste Vorstellungsrunde. Wir konnten uns dort davon überzeugen lassen, dass Frau Schaub die geeignete Frau ist, welche dieses Amt haben könnte. Frau Schaub war rund 17 Jahre Gemeindeverwalterin in Oberwil bis 1999. Die letzten zehn Jahre war sie im Personalbereich tätig für den Kanton Luzern. Jetzt ist sie zurückgekommen und übernimmt diese Stelle. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass es eine gute Lösung ist. Sie fängt am 1. Dezember an, macht vorher noch zwei Tage eine Kurzeinführung, soweit das möglich ist mit Frau Steiner. Sie wird so lange bei uns bleiben, bis wir den definitiven Nachfolger gefunden haben. Wir haben eine ganz gute Ausgangslage, weil wir keinen festen Vertrag machen mussten, sondern mit ihr vereinbaren konnten, dass sie so lange wie nötig bleibt. Wir haben die Stelle der Gemeindeverwalterin ausgeschrieben mit einer externen Stellenvermittlungsfirma, das wissen Sie. Dort wurden die Vorstellungsgespräche geführt. Es wurden viele Gespräche mit Interessenten geführt, am Schluss haben sich fünf Kandidaten herauskristallisiert, welche man näher angeschaut hat. Zwei waren in der letzten Runde noch dabei. Christoph Morat und ich haben heute mit den Herren der Stellenvermittlungsfirma die zweite Vorstellungsrunde durchgeführt. Wir warten jetzt noch auf den definitiven Empfehlungsbericht der Firma, danach erfolgt die Vorstellung vor dem Gesamtgemeinderat.

Arnold Julier, Gemeinderat: Famex, familienergänzende Kinderbetreuung ist immer ein Thema, besonders jetzt im Moment, wo diese Abstimmung läuft, da wird heftig diskutiert. Da geht es aber mehr um Steuerabzüge als um Betreuung. Wie Sie alle wissen, im letzten Jahr hat das Stimmvolk das familienergänzende Kinderbetreuungsgesetz des Kantons Baselland abgelehnt. Das hat uns nicht daran gehindert, dass wir trotz Freiwilligkeit nach wie vor an der Kinderbetreuung gearbeitet haben. Wir haben ein Projekt ausgearbeitet, welches ich Ihnen in kurzen Zügen vorstellen möchte. Zuerst zu den Kennzahlen der Einwohnerzahlen vom 30.6.2013. Der Kanton hat 277'000 Einwohner, Allschwil 20'000 Einwohner, Famex-Plätze hat der Kanton gesamthaft 1318 und Allschwil hat 237. Das sind 18% des ganzen Kantons. Das macht pro 1000 Einwohner 4,8 Plätze, und in Allschwil sind es 11,9 Plätze. Da sind die Plätze vom Tageselternverein nicht mit enthalten, es kämen nochmals 30 bis 35 Plätze hinzu. Die Subventionen der Gemeinde gemäss Rechnung 2012, CHF 2'530'266 haben wir als Subventionen bezahlt. Die ganze Sache ist immer gestiegen und gewachsen. Wir haben auch mehr private Tagesheime, welche eröffnet haben. Das ist ein Volumen geworden, wo wir sagen müssen, dass professionalisiert werden muss. Das wird vom Tageselternverein hervorragend gemacht. Es gab ein grosses Volumen mit der Subventionierung. Frau Verena Meschberger hat dies hervorragend gelöst und hat Frau Mayenzet, welche daneben sitzt, in das ganze Prozedere eingeführt. Ich möchte sehr herzlich danken, wir hatten einige Besprechungen, um dieses Problem anzugehen und eine Lösung zu finden. Mit dem Projekt Famex haben wir diese Lösung gefunden. Das sind die bisherigen Anbieter: Die Stiftung Tagesheim hat Baslerstrasse, Bruckerhaus, Actelino. Actelino ist ein Privates, das gehört dem Namensvetter, und wird nur von der Stiftung betrieben. Die Finanzierung läuft über die Firma. Dann gibt es private Tagesheime, Baselini, Gumpi, Kinderschloss und Schlumpfhüsli, und den Tageselternverein mit den Vermittlungen. Was war die Problematik der bisherigen Struktur? Wir hatten keine übergeordnete Koordination, keine zentrale Anlaufstelle und keine einheitliche Subventionspraxis. Aus diesem Grund hat

der Gemeinderat im 2013 das Ziel formuliert, dass man eine zentrale Geschäftsstelle ausarbeitet, die Harmonisierung der Leistungen und die Harmonisierung des Subventionsschlüssels. Neuorganisation Fachstelle Famex wird eingerichtet, eine zentrale Anlaufstelle. Marktsteuerung, harmonisierte Subventionspraxis, Koordination der Leistungsanbieter. Die externe zentrale Verwaltung macht die Betriebsführung der Tagesheime und Tageseltern. Die privaten Tagesheime betreiben ihre Tagesheime selber. Die Rechnungsführung ist auch bei den Tagesheimen und bei den Tageseltern. Die privaten stellen die Rechnungen selber aus und versenden sie den Eltern. Hingegen geht das Subventionswesen über die externe zentrale Verwaltung. Was bedeutet das für die Eltern? Wie bisher, ist die Neuanmeldungen der Kindern bei den Betreuungsinstitutionen. Die Eltern können immer wählen, in welches Tagesheim sie gehen oder ob sie den Tageselternverein möchten. Es ist nach wie vor eine freie Wahl, was für sie am geeignetsten ist. Neu ist das Subventionsgesuch bei der externen zentralen Verwaltung der Stiftung Tagesheim. Was bedeutet das für die Fachstelle? Die Fachstelle ist die zentrale Anlaufstelle für die familienergänzende Kinderbetreuung. Sie macht Marktsteuerung, Steuern der Angebote und Nachfrage, Führen der zentralen Warteliste. Es wird jetzt auch eine Warteliste geführt, aber es gibt Kinder, welche an mehreren Orten angemeldet sind, im Baselini und bei den Tageseltern. Dies wäre dann die total bereinigte Warteliste. Koordination von den Belegungen. Für die Fachstelle ist die Harmonisierung und die Steuerung der Subventionspraxis, sowie die Qualitätssicherung ein wichtiger Punkt, in Zusammenarbeit mit der Stiftung Tagesheim. Die Stiftung Tagesheim und die Fachstelle sind verantwortlich für die Qualitätssicherung, und dann gibt es noch die Berichterstattung an den Gemeinderat. Die Stiftung Tagesheim Allschwil wie bisher, Betriebsführung der drei Tagesheime der Stiftung plus Actelino. Betriebsführung des Tageselternvereins, Vermittlung, Rekrutierung, Schulung, das läuft alles über die Stiftung Tagesheim, und das Rechnungswesen für das Tagesheim und die Tageseltern, exklusiv die Privaten, die schreiben die Rechnungen selber. Hingegen ist das Subventionswesen für alle Famex-Einrichtungen zuständig. Die Stiftung Tagesheim mit der externen Verwaltungsstelle. Die Qualitätssicherung in Zusammenarbeit mit der Famex-Fachstelle. Was bedeutet das für die privaten Tagesheime? Die führen ihren Betrieb, führen die Rechnung und die Kinderbetreuung. Neu ist, dass das Subventionswesen über die Stiftung Tagesheim geht. Qualitätssicherung ist in Zusammenarbeit mit der Famex-Fachstelle. Der Tageselternverein, das ist ein Entscheid der Vereinsmitglieder, braucht einen Entscheid der Mitglieder, ob sie den Verein aufrechterhalten möchten oder ob sie den Verein auflösen möchten. Das wird an einer ausserordentlichen Generalversammlung beschlossen. So wie ich es im Gespräch gehört habe, werden sie den Verein auflösen, weil der Zweck des Vereins nicht mehr vorhanden ist. Aber das ist Sache der Vereinsmitglieder.

Termine: Am Montag hatten wir eine Informationsveranstaltung für den Vorstand des Tageselternvereins, für Tageseltern, für Anbietende, abgebende Eltern und für die privaten Tagesheime. Im Januar ist der Start des operativen Tagesgeschäfts der Stiftung Tagesheim, das ist das Hauptziel. Die Abrechnungen und die Berechnungen sowie die Subventionspraxis sollen ab 1.1.2014 in der externen Verwaltungsstelle sein. Im Weiteren wird die Organisation Fachstelle Famex aufgebaut, und im April ist der Abschluss der Organisationsentwicklung der Fachstelle und externe zentrale Verwaltung, sodass man Ende 2014 das ganze Geschäft abschliessen könnte. Dies sind die kurzen Informationen über das Projekt Famex.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ihnen ist das Bootsunglück vor Lampedusa anfangs Oktober bekannt, wo mehr als 300 afrikanische Flüchtlinge ums Leben gekommen sind. Die Zustände auf Lampedusa sind gemäss den Berichten katastrophal, das Lager ist überbelegt, und unter den Flüchtlingen hat es Babys, Kleinkinder und Jugendliche. Terre des Hommes betreibt vor Ort ein Projekt, wo die Kinder in sicheren Räumen zur Ruhe kommen und von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, welche in Traumahilfe ausgebildet sind, bei der Verarbeitung der traumatisierenden Erlebnissen unterstützt werden. Die dringend notwendige Arbeit wird mit Spendengeldern finanziert. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass wir Terre des Hommes Schweiz, mit Sitz in Basel, zugunsten der traumatisierten Flüchtlingskinder auf Lampedusa CHF 10'000 zukommen lassen.

Es blieb noch eine Frage offen aus der Fragestunde. Ich konnte sie das letzte Mal nicht beantworten, weil Jacqueline nicht anwesend war. Sie hat gefragt, wie die Situation ist, wenn jemand von den älteren Leuten in der Alterssiedlung, die Badewanne ausgewechselt und eine Dusche eingebaut hat. In den letzten Jahren sind rund 12 bis 15 Duschen ausgetauscht worden. Die Voraussetzung für den Umbau war ein Arztzeugnis seitens der Mieter, welche körperliche Einschränkungen zum Einsteigen in eine Sitzbadewanne belegen. Das AZB hat funktionale Umbauten in der Grössenordnung von CHF 3500 bis CHF 4000 finanziert. Wenn der Mieter aus persönlichen oder ästhetischen Gründen eine Dusche wollte, aber ohne medizinischen Grund, dann hat das Alterszentrum keine Beiträge geleistet.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Wir sind beim Info-Fenster. Ich erlaube mir kurz eine persönliche Erklärung abzugeben, als Info. Es geht um Interpellationen. Max Ribi und Felix Mensch würden klatschen. Kurt bis zum René wissen, was ich sagen möchte. Eine Interpellation ist eine Anfrage aus dem Parlament, von jemandem oder von einer Gruppe, an den Gemeinderat, welche beantwortet wird. Deswegen die Frage am Schluss, ob die Diskussion verlangt wird. Usus in unserer Generation war, dass man ja gesagt hat. Man braucht sie oder man braucht sie nicht. Bei der Interpellation der CVP zum Familienfreizeitzentrum haben zwei Personen aufgestreckt und wollten etwas dazu sagen. Alle lesen die Antworten und es gibt Fragen. Ich appelliere an alle, wir sind in einem Austausch mit dem Gemeinderat. Wenn wir uns selber Maulkörbe geben, dann sind wir selber schuld. Früher hat man ja gesagt, wenn es nötig war. Wenn es nicht nötig war, dann haben wir es sein lassen. Ich appelliere an euch, diese Gasse zu öffnen.

Andreas Bammatter, Präsident: Herr Winter, ich glaube, wir haben es verstanden. Ich erlaube mir auch, etwas Persönliches zu sagen. Du bist in der Reglementscommission. Wenn das Reglement die Möglichkeit hat, dass keine Diskussion verlangt wird, dann darf das so sein. Und dann muss man dies nicht jedes Mal monieren, wie es in alten Tagen war. Mach das bitte in der Pause.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Franz Vogt und Evelyne Roth, CVP-Fraktion, vom 23.01.2013, betreffend Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil zum Bahnhof SBB
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4122

Andreas Bammatter, Präsident: Der Gemeinderat ist für Entgegennahme. Liegt ein Gegenantrag vor?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir stellen den Gegenantrag, dass wir dieses Postulat nicht überreichen. Es ist eine Kannibalisierung des ÖV, wenn wir Fahrgäste der Tramlinie 8 auf eine Buslinie bringen, welche genau das gleiche Ziel hat. Es wird kein zeitlicher Gewinn sein, weil der Bus im Neubadquartier, in der Neuwilerstrasse, am Dorenbachkreisel und im Margarethenquartier heillos im Stau stecken wird, ich weiss, wovon ich rede. Die Notwendigkeit dieses Anliegens ist nicht gegeben. Ich zähle nur kurz die Verbindungen von Allschwil an den Bahnhof SBB auf, das kann durchaus auch als Plädoyer fürs Umsteigen verstanden werden. Wir haben die Linie 6, welche vor 06.00 Uhr morgens direkt an den Bahnhof SBB fährt, danach im 7,5 Minutentakt, und muss man beim Brausebad einmal umsteigen auf Buslinie 50 oder Linie 1. Es gibt die Linie 38, wenn wir dann mal einen Platz für eine Haltestelle gefunden haben an der Neuwilerstrasse, mit einmal Umsteigen auf die Linie 8 kommt man an den Bahnhof. Es gibt die Buslinie 33, die mit dem Fahrplanwechsel vom Letten aus in Richtung Schiffflände im 7,5 Minutentakt fährt, am Schützenpark mit einmal umsteigen auf die Linie 1 oder 8 kommt man bequem an den Bahnhof. Und es gibt die Linie 48, welche in den Hauptverkehrszeiten direkt an den Bahnhof fährt. Der dritte Grund, weshalb es unsinnig ist, dies zu verlangen, ist, weil der Grossrat in Basel-Stadt bereits über dieses Projekt befunden und dies mit 23 Ja- zu 50 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt hat. Wir erachten es als nicht zielführend.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich sehe das ähnlich, wir kommen aus dem gleichen Betrieb. Ich habe auch Abklärungen gemacht und stelle den Antrag auf Nichtüberweisung. Es ist schon etwas länger her, als ich die Abklärungen getroffen habe. Der Betrieb sagt ganz klar, dass es nicht möglich ist, noch eine Linie mehr an den Bahnhof SBB zu führen, Platzmangel usw. Wir als Allschwiler können dies schon fordern, aber die Stadt Basel ist auch davon betroffen. Die wollten das gar nicht, dann können wir bis zur Grenze fahren und wieder umkehren. Wir kommen mit dieser Forderung nicht über die Gemeindegrenze hinaus. Im Betrieb hat man mir als Antwort gegeben, dass man eine Lösung bieten könnte, jetzt ist es leider etwas spät, und es wird beim nächsten Fahrplanwechsel sei. Nämlich kann die Linie 48 eine Schlaufe ins Dorf zu machen und dann wieder retour zur Stammlinie zu gehen. Das ist die einzige Lösung, wo der Betrieb sagt, dass sie umsetzbar wäre. Alles andere geht betrieblich gesehen momentan nicht, weil wir keinen Platz haben, um mehr Busse an den Bahnhof SBB zu führen. Das funktioniert nicht.

Es wurde im Kantonsparlament in Basel hoch abgelehnt. Das Gescheiteste wäre, dieses Postulat zurückzuziehen, das möchte ich der CVP in Auftrag geben, und auf den nächsten Fahrplanwechsel dies neu zu bringen und das mit der Buslinie 48 ins Auge fassen. Dann wäre das Dorf mit drin und man hätte den 7,5-Intervall auch.

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat möchte dies überweisen, weil wir der Meinung sind, dass wir für Allschwil schauen möchten. Selbstverständlich wird Basel Einwände haben, es wurde abgelehnt im Grossen Rat. Aber die Interessen von Allschwil sind anders. Unsere Gemeinde entwickelt sich gut. Was nicht zu vernachlässigen ist, wir haben einen Modalsplit, welcher viel Individualverkehr hat, wo mit dem Personenwagen gereist wird, was nicht unbedingt nötig wäre. Wir erhoffen uns von dieser Untersuchung durch ein Ingenieurbüro, dass wir eine neutrale fundierte Grundlage erhalten, wo wir Ihnen diese Antwort geben können. Herr Zimmermann hat es gesagt, es gibt bereits Erkenntnisse der BVB. Diese Dokumente sind uns zu dünn. Wir möchten dies unabhängig geprüft haben, damit unsere Interessen, die Direktverbindung zum Bahnhof SBB über die Neuwilerstrasse, abgeklärt werden. Ich bitte Sie, dies zu überweisen, und dann stelle ich Ihnen gerne die Resultate vor.

Roland Naef, parteilos: Wenn ich die beiden Mitarbeiter der BVB höre, welche sicher wissen, wie es zu und her geht, dann finde ich das hinausgeworfenes Geld, wenn wir den Antrag überweisen und nachher ein Ingenieurbüro beauftragen, welches zum Schluss kommt, dass es am Bahnhof SBB keinen Platz mehr hat. Diejenigen, die mit Bus 48 an den Bahnhof SBB fahren, dann kann man das wirklich sparen. Da hätten wir lieber das letzte Mal die Skulpturen bewilligt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Herr Vogt, ich habe Ihnen eine Lösung angeboten. Nehmt doch die Linie 48 auf für den nächsten Fahrplanwechsel, redet mit der BVB. Sie sind nicht abgeneigt. Das andere können wir vergessen, dafür brauchen wir keinen Ingenieur. Dazu reicht ein Vertrag zwischen den BVB und der Gemeinde Allschwil. Das Portemonnaie müssen wir auf tun und nicht die Stadt Basel, das haben sie mir auch noch auf den Weg mitgegeben, das bezahlen wir, das ist klar.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird mit 8 Ja- zu 24 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Motion von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Nedim Ulusoy,
GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2013, betreffend
Richtlinien des Einwohnerrates über die Plakatierung
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4153

Andreas Bammatter, Präsident: Der Gemeinderat möchte es als Postulat entgegennehmen. Gibt es einen Gegenantrag?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP stellt einen Gegenantrag. Wir möchten Ihnen beliebt machen, dass man unser Geschäft annimmt. Wir haben das lange in der Fraktion diskutiert. Wir finden es notwendig und wichtig, das zeigt auch die Bereitschaft des Gemeinderates. Uns ist die neue Verordnung zu umständlich. Wir meinen, man könnte sich diese Überprüfung sparen. Wir haben das in der Fraktion hin- und hergerechnet, wie es mit den Plakatplätzen wäre. Wir meinen, dass man es einfacher handhaben könnte. Die bestehende Regelung ist grundsätzlich nicht schlecht und hat mit wenigen Ausnahmen funktioniert. Es hat sich niemand, bis auf wenige Ausnahmen, ungerecht behandelt gefühlt. Einmal ist etwas vorgefallen bezüglich Plakatvergabe. Unsere Partei hat ehrlicherweise auch schon

einmal profitiert von der FDP. Nur das ist das Problem, ansonsten funktioniert alles. Wir würden gerne zum Bestehenden eine Ergänzung hinzufügen: „Es ist Parteien nicht gestattet, Plakatflächen zu reservieren und diese anschliessend an andere Parteien und dessen Kandidaten/Kandidatinnen weiterzugeben“. Wir meinen, dass dies schlanker und einfacher ist. Wir möchten beliebt machen, dass wir dies dem Antrag der GLP/BDP entgegenstellen und wir möchten beliebt machen, dass der Gemeinderat unseren Vorstoss annimmt.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich äussere mich zuerst zum Originalvorstoss. Mit diesem Vorstoss rennen die Motionäre der GLP/BDP-Fraktion offene Türen beim Gemeinderat ein. Die Überarbeitung der besagten Richtlinien vom Einwohnerrat und Gemeinderat aus dem Jahr 2003 sowie das kommunale Reklamereglement hat der Gemeinderat schon längstens in Auftrag gegeben. Das ist der Grund, weshalb wir es entgegennehmen möchten. Es spielt gar nicht so eine grosse Rolle, wie der genaue Wortlaut ist. Jedoch gibt es übergeordnete kantonale Bestimmungen, welche aktuell im Landrat hängig sind. Diese sollen abgewartet werden, damit die künftig kommunalen Bestimmungen im Einklang sind mit den kantonalen Bestimmungen. Erst dann wird Ihnen der Gemeinderat eine neue Fassung zur Beschlussfassung vorlegen. Gemäss dem Geschäftsreglement dient die Motion unter anderem der Ergänzung, Änderung oder Erlass eines Reglements. Damit ist die Stossrichtung dieses Vorstosses genau das richtige. Jedoch, und da spricht mir Florian Spiegel aus dem Herzen, die explizit konkreten Forderungen und Formulierungen in dieser Motion sind teilweise kontraproduktiv und mangelhaft. Das ist der Grund, weshalb der Gemeinderat entschieden gegen die Motion ist mit diesem Wortlaut im Antrag. Aber wir bitten die Motionäre dies umzuwandeln in ein Postulat, damit die vorliegende Formulierung die Stossrichtung vorgibt, im Sinne von Prüfen und Berichten, und nicht eine präzise Vorgabe darstellt. Das Postulat nimmt der Gemeinderat gerne entgegen. Die Überlegungen der SVP-Fraktion würden selbstverständlich auch einfließen, wenn eine gute Lösung erarbeitet wird. Es ist bei uns bereits pendent. Wenn ich von Prüfen und Berichten rede, dann erhalten Sie nicht nur einen Bericht, sondern eine konkrete neue Fassung zur Beschlussfassung vorgelegt, das kann ich Ihnen zusichern. Sollten die Motionäre an der Motion festhalten, dann würde ich in einem zweiten Votum im Details erläutern, weshalb diese Motion mit diesem Antragstext auf keinen Fall überwiesen werden soll. Mit dem Antrag des Gemeinderates, dies als Postulat entgegenzunehmen, schlagen wir zwei Fliegen auf einmal. Wir nehmen die Ideen der GLP/BDP entgegen und die Ideen der SVP-Fraktion, daraus machen wir dann das Beste. Der Vorschlag löst ein konkretes Problem, aber in den Richtlinien und im Reklamereglement gibt es noch das eine oder andere auch noch zu erledigen. Wir sollten uns jetzt nicht mit Scheuklappen nur auf einen Punkt konzentrieren, sondern das Ganze gesamthaft angehen. Mit der Überweisung als Postulat unterstützen Sie den Gemeinderat in seiner Vorgehensweise dies zu überarbeiten.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir sind froh, dass der Gemeinderat die Problematik erkannt hat. Wir haben bei den letzten Wahlen gesehen, dass es einige Unstimmigkeiten gab. Wir sehen den Vorstoss nicht als Motion gegen die SVP oder die Grünen. Wir sehen es als einen Vorstoss für mehr Transparenz und Klarheit. Wir sind bereit, dies als Postulat abzuschwächen, damit der Gemeinderat eine passende Lösung einbringen kann. Wir nehmen ihn beim Wort, dass der Gemeinderat eine gute Lösung präsentieren wird, und diesen Vorstoss nicht wider Erwarten versenken wird.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wenn die GLP/BDP dies in ein Postulat umwandelt, dann ziehen wir unseres zurück. Im Protokollauszug haben wir den Wortlaut von Thomas Pfaff, der gesagt hat, dass er unseren Vorschlag wohlwollend mitnehmen wird und dass wir ihm aus dem Herzen gesprochen haben.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die Fraktion EVP/Grüne unterstützt das Geschäft, wenn es als Motion entgegengenommen und behandelt wird, und damit aus der Motion, welche eine Strafaktion gegen trickreiches Verhalten war, eine konstruktive Angelegenheit macht.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion möchten die Motion nicht unterstützen. Wenn es in ein Postulat umgewandelt wird, dann sind wir auch für die Überweisung. Die Motion wollten wir nicht unterstützen, weil wir den Kontrollaufwand als zu hoch befinden, wenn man es überhaupt kontrollieren könnte. Man hätte soweit gehen müssen, dass man jemanden büssen müsste, der ein Plakat falsch oder zu viel aufgehängt hätte.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich stelle fest, dass es keinen Gegenantrag mehr gibt.

://:

Das Geschäft ist somit als Postulat überwiesen.

Wir konnten heute ein paar Traktanden behandeln, das freut das Büro sehr. Ich erlaube mir, die Sitzung jetzt zu schliessen. Wenn wir so weitermachen, dann können wir allenfalls die Sitzung im Februar auslassen.

ENDE